



FALLSTUDIENBERICHT:

SENEGAL, GUATEMALA, KAMBODSCHA, KENIA.

Kurzfassung

Elena Giacomelli, *Postdoc*

Elisa Iori, *Postdoc*

Susanna Villani, *Postdoc*

Sarah Walker, *Postdoc*

Pierluigi Musarò, *Außerordentlicher Professor*

Matteo Vittuari, *Außerordentlicher Professor*


Marco Borraccetti, *Außerordentlicher Professor*

Elisa Magnani, *Außerordentliche Professorin*

Veröffentlicht: Mai 2022



Dieses Projekt wird mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von Südwind wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union dar.

 **Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit**

SÜDWIND



INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	4
FALLSTUDIE 1: SENEGAL	7
1. Methodik.....	8
2. Forschungsergebnisse	8
2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen	9
2.2 Müll	10
2.3 Fischerei.....	11
2.4 Mobilität.....	12
3. Schlussfolgerungen und Lösungen	13
FALLSTUDIE 2: GUATEMALA	14
1. Methodik.....	15
2. Forschungsergebnisse	16
2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen	17
2.2 Das (Miss-)Management natürlicher Ressourcen: Verschärfung des Problems	17
2.3 Ungleichheiten und Verwundbarkeiten in Bezug auf Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit.....	19
2.4 Mobilität der Menschen in Guatemala: Muster und Tendenzen	19
2.5. Zusammenspiel von Umwelt bzw. Klimakrise und Migration	21
3. Schlussfolgerungen und Lösungen	22
FALLSTUDIE 3: KAMBODSCHA.....	23
1. Methodik.....	23
2. Forschungsergebnisse	24
2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen	24
2.2. Wassermanagement und Bewässerung	25
2.3 Unregelmäßige Niederschläge.....	26
2.2 Entwaldung	26
2.3 Schulden bei Mikrofinanzinstitutionen	27
2.4 Mobilität.....	27
3. Schlussfolgerungen und Lösungen	29
FALLSTUDIE 4: KENIA	30



1. Methodik.....	31
2. Forschungsergebnisse	31
2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen	32
2.2 Pastoralismus und Klimakrise	33
2.3 Konflikte um natürliche Ressourcen	33
2.4 Mobilität.....	34
2.5 Anpassung	34
3. Schlussfolgerungen und Lösungen	35
SCHLUSSFOLGERUNGEN	36
BIBLIOGRAPHIE.....	40
IMPRESSUM.....	46



EINLEITUNG

Was bedeutet es, sich aufgrund der Klimakrise gezwungen zu sehen, die Heimat zu verlassen? Und wie können die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimakrise und Migration so diskutiert werden, dass diejenigen davon profitieren, deren Leben und Lebensgrundlagen am stärksten von der Klimakrise bedroht sind? Das sind Fragen, mit denen sich dieser Bericht auseinandersetzt und die im Mittelpunkt des Projekts #ClimateOfChange stehen, in dessen Rahmen dieser Bericht verfasst wurde. Es sind Fragen, die – wie alles, was mit Migration zu tun hat – politisch sind und oft auch politisch instrumentalisiert werden. Die Beantwortung dieser Fragen stützt sich auf empirische Daten aus **Fallstudien zu vier Ländern: Senegal, Guatemala, Kambodscha und Kenia**. Die Forschungsarbeit wurde von einem interdisziplinären wissenschaftlichen Team der Universität Bologna aus den Bereichen Soziologie, Agrar- und Lebensmittelsysteme, Humangeographie und Recht in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen der Länder, die aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht bereist werden konnten, durchgeführt.

Seit jeher migrieren Menschen, oft nur temporär, aufgrund von Veränderungen ihrer Umwelt. So werden in *The Atlas of Environmental Migration* (Ionesco/Mokhnacheva/Gemenne 2016) Beispiele für umweltbedingte Migration bereits vor 45.000 Jahren angeführt. Sie belegen, dass die Verteilung der Bevölkerung zu dieser Zeit auch von Umweltveränderungen und Naturkatastrophen beeinflusst war. Aber erst um die Jahrtausendwende hat die Weltgemeinschaft langsam begonnen die breiteren Zusammenhänge zu sehen und zu begreifen, welche Folgen die Veränderungen von Klima und Umwelt für die Mobilität von Menschen haben (vgl. Laczko/Aghazarm 2009). Heute werden immer beunruhigendere Bedrohungsszenarien gezeichnet, in denen „Klimamigrant*innen“ in großer Zahl aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden „drängen“. Und das, obwohl der **Großteil der Migrationsbewegungen innerhalb der betroffenen Länder** oder in die Nachbarländer erfolgt. Allerdings setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass viele der für die Klimakrise anfälligsten Menschen nicht die Mittel haben oder haben werden, ihre Heimat zu verlassen, da Mobilität immer auch von sozialem und ökonomischem Kapital abhängt. Diese differenzierte Betrachtung geht in der medialen Berichterstattung oft verloren und Zahlen werden verwendet, um Ängste zu schüren (vgl. Boas et al. 2019; Durand-Delacre et al. 2021; Lietaer/Durand-Delacre 2021). Baldwin/Bettini betonen, dass die Klimakrise selbst oft als „migration crisis in the making“, eine sich anbahnende Migrationskrise, dargestellt wird (2017: 1).

Klimabedingte Migration ist ein **komplexes Phänomen**. Der Begriff ist wissenschaftlich nicht eindeutig definiert. Migration hat für gewöhnlich nicht eine einzige Ursache, weshalb von einem „**multikausalen Phänomen**“ gesprochen wird.

Grundsätzlich wird zwischen zwei Arten von klimabedingter Migration unterschieden:



(1) Migration aufgrund von **langsam eintretenden Umweltkatastrophen**, zum Beispiel in Form des Anstiegs des Meeresspiegels: Durch den zeitlichen Faktor kann es bei dieser Art von Migration einen gewissen Entscheidungsspielraum geben. Die Migrationsbewegungen erfolgen tendenziell innerhalb eines Landes oder in die Nachbarländer.

(2) Migration aufgrund von **schnell eintretenden Umweltkatastrophen**, wie Hurrikans: Hier gibt es keinen Entscheidungsspielraum. Die Menschen migrieren kurzfristig und in den nächstmöglichen Ort.

In beiden Fällen handelt es sich um **erzwungene Migration**. Es handelt sich zumeist um **Binnenmigration** oder um **Migration in die Nachbarländer**. Die Menschen haben grundsätzlich den **Wunsch**, wieder in ihre Heimat **zurückzukehren**.

Es wird allerdings unterschätzt, wie **viele Menschen gar keine Möglichkeit haben, ihre Heimat zu verlassen**. Denn Migration erfordert Ressourcen. Wenn diese nicht vorhanden sind, müssen die Menschen zurückbleiben. Und gerade diese Menschen sind es, die oft auch nicht die Mittel haben, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

In zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten wird der Zusammenhang zwischen Klimakrise und Migration kritisch beleuchtet (vgl. Geddes et al. 2012; Baldwin 2013; Bettini 2013; Boas et al. 2019; Durand-Delacré et al. 2021). Wissenschaftler*innen haben aufgezeigt, dass es empirisch nicht möglich ist, „Klimamigrant*innen“ – also Menschen, die aufgrund der Klimakrise migrieren – von Menschen, die aus anderen Gründen migrieren, abzugrenzen (vgl. Boas et al. 2019: 902). Es lässt sich kein direkter Zusammenhang feststellen. Die Einflussfaktoren auf die Entscheidung für oder gegen Migration sind zahlreich und komplex und viele Menschen treffen diese Entscheidung nicht von einem Tag auf den anderen (vgl. Kelman 2020). Bisher fehlen ausreichend empirische Studien und überzeugende Modelle, um eindeutige kausale Zusammenhänge zwischen Klimakrise und Migration herzustellen (vgl. Boas et al. 2019; Renou/Diallo 2019; Durand-Delacré et al. 2021).

Es ist jedoch offensichtlich, dass sich die Auswirkungen der Klimakrise verschlimmern und sie das Leben und die Lebensgrundlage vieler Menschen immer stärker beeinträchtigen. Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) stellt in seinem Bericht aus dem Jahr 2021 fest, dass menschliche Aktivitäten das Klima in einer nie dagewesenen und zum Teil bereits unumkehrbaren Weise verändern. Der Bericht, den UN-Generalsekretär António Guterres als „code red for humanity“ (Alarmstufe Rot für die Menschheit) bezeichnete, warnt vor immer extremer werdenden Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen und davor, dass eine kritische Temperaturgrenze bereits in etwas mehr als einem Jahrzehnt überschritten sein wird. Während die Klimakrise jedoch ein globales Phänomen ist, sind ihre Auswirkungen nicht überall auf der Welt gleichermaßen spürbar.

Das Forschungszentrum für Katastrophenepidemiologie (Centre for Research on the Epidemiology of Disasters, CRED) stellte fest, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen



in den ärmsten Ländern aufgrund von Katastrophen verletzt werden, ihr Zuhause verlieren, vertrieben oder evakuiert werden oder Nothilfe benötigen durchschnittlich sechs Mal höher ist als für Menschen in reichen Ländern (vgl. CRED 2018). Die negativen Folgen der Klimakrise auf den Menschen treffen demnach Länder mit niedrigem beziehungsweise niedrigem mittlerem Einkommen wesentlich härter: Es ist eher die wirtschaftliche Entwicklung als das Klima an sich, die ausschlaggebend dafür ist, wie sehr ein Land den Gefahren durch die Klimakrise ausgesetzt ist und unter diesem leidet (vgl. CRED 2018). Wie sich Umweltkatastrophen jeweils auswirken, ist sehr unterschiedlich. So haben Wissenschaftler*innen beispielsweise gezeigt, dass die Vertreibung von Menschen in den USA in Folge des Hurrikans Katrina deutlich mehr soziale und politische Ursachen (darunter auch Ungleichheiten aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit) hatte, als dass sie rein umweltbedingt gewesen wäre.

In gleicher Weise wird Mobilität in verschiedenen Teilen der Welt vollkommen unterschiedlich erlebt. Hirst/Thompson (1999) wiesen darauf hin, dass Staaten immer noch ihre Grenzen und damit die Bewegungsfreiheit der Menschen kontrollieren und so der Großteil der Weltbevölkerung – aller Globalisierungsrhetorik zum Trotz – in „geschlossenen Welten“ lebt und durch die „Geburtslotterie“ eingesperrt ist. Folglich wurde Bewegungsfreiheit zu einem Faktor, der die Menschen in unterschiedliche Gruppen einteilt (vgl. Bauman 1998; Mezzadra/Neilson 2013). Jene Gruppen, deren individuelle Mobilität in Frage gestellt wird, können zum Bleiben gezwungen sein (vgl. Musarò 2019). Die internationalen Reisepass-Rankings des „Passport Index“¹ zeigen auf, wie sehr Mobilität in der Welt unterschiedlich erlebt wird. Die Rankings basieren auf der Anzahl an Ländern, in welche die Passinhaber*innen ohne Einschränkungen reisen können. Alle vier Länder der Fallstudien stehen in diesen Rankings ganz weit unten. Während beispielsweise ein junger Mensch aus der Europäischen Union relativ einfach zum Arbeiten oder Studieren die Welt bereisen kann, um die eigenen Beschäftigungsaussichten zu verbessern oder Lebenserfahrung zu sammeln, ist das für junge Menschen aus diesen vier Ländern meistens nicht möglich.

Um die Klimakrise, die oft als Umweltkatastrophe und damit abseits der zentralen Fragen von gesellschaftspolitischer Verantwortung und globalen Ungleichheiten dargestellt wird, losgelöst von Umweltfaktoren zu betrachten, basiert die vorliegende Forschung auf dem Konzept der Mobilitätsgerechtigkeit (mobility justice) der Soziologin Mimi Sheller (2018). Der Begriff der Klimagerechtigkeit wird dabei in einem breiteren Kontext betrachtet und die Krise wird als Zusammenspiel zwischen Klimakrise, nicht nachhaltiger Urbanisierung und den gegenwärtigen Grenzkontrollsystemen wahrgenommen. Das Konzept steht für die miteinander verwobenen Stränge, die das Grundgerüst des Projekts #ClimateOfChange bilden: das Recht auf Mobilität, das Recht auf ein Leben in einer gesunden Umwelt und wie ungleich der Zugang zu diesen Rechten auf der Welt ist. Dieser Ansatz trägt dem Einfluss der Kolonialisierung auf unterschiedliche Mobilität und auf verschiedene Weltregionen

¹ <https://www.passportindex.org/>



Rechnung und erkennt an, dass die individuellen Anpassungsmöglichkeiten in hohem Maße ungleich verteilt sind und von Kapital, Geschlecht, Herkunft und Zugehörigkeit bestimmt sind (vgl. Boas et al. 2019). Diese sogenannten **intersektionalen Faktoren**² spielen eine Schlüsselrolle in Bezug auf die Auswirkungen der Klimakrise: Der Klimakrise verstärkt ausgesetzte Bevölkerungsgruppen sind nicht homogen, sondern „gendered intersectionally“, die Verwundbarkeit ihrer Mitglieder ist also geschlechtsspezifisch, aber auch abhängig von Herkunft, Zugehörigkeit oder Migrant*innenstatus (vgl. Sultana 2021: 3). Das Befassen mit Intersektionalität bringt die miteinander verwobenen Systeme von Unterdrückung und Ausbeutung zutage, die die Verwundbarkeiten der Menschen verstärken.

In diesem Bericht sollen tatsächliche Lebensumstände hinter der Panikmache durch die Schlagzeilen über die sogenannten „Klimamigrant*innen“ im Rahmen von **Fallstudien zu vier Ländern** eingehend analysiert werden. Der Bericht stützt sich auf die Wahrnehmung und die Lebensrealitäten der dort lebenden Menschen, die den negativen Folgen der Klimakrise verstärkt ausgesetzt sind, und soll ihre Sichtweisen zusammenführen. In diesen Ländern und für die Menschen, die im Mittelpunkt dieses Berichts stehen, ist die Klimakrise keine zukünftige Bedrohung wie für viele Länder in Europa – wenngleich auch hier Waldbrände, Dürren und Küstenerosion immer häufiger werden. Für diese Menschen ist die Klimakrise eine Realität im Hier und Jetzt, die unmittelbare Aufmerksamkeit und politische Lösungen erfordert. Diese politischen Lösungen müssen jedoch differenziert und ausgewogen sein und nicht Krisenszenarien entwerfen, die Gefahr laufen, zur Migration gezwungene Menschen als Bedrohung darzustellen.

FALLSTUDIE 1: SENEGAL

Der Senegal ist ein Land mit einer fragilen Umwelt. Er ist gleichzeitig mit dem Anstieg des Meeresspiegels, Küstenerosion, Versalzung von Böden, Stürmen, Überfischung und Verlust von Artenvielfalt konfrontiert. Viele der wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes, wie Landwirtschaft und Fischerei, werden stark von Klimaveränderungen beeinflusst. Hinzu kommen eine hohe Bevölkerungsdichte und die Konzentration von nahezu allen Wirtschaftsaktivitäten in den Küstenregionen. Ungefähr 65 % der Bevölkerung leben an der Küste, vor allem in und um die Hauptstadt Dakar und in anderen Ballungszentren. Der Senegal steht an achter Stelle im Ranking der am meisten durch den Anstieg des Meeresspiegels gefährdeten Länder der Welt. Im Großteil des Landes herrscht tropisches Klima, die nördlichen Regionen des Senegal liegen hingegen in der Sahel-Zone und sind trocken.

² Anm.: Das Konzept der Intersektionalität (intersectionality) zeigt auf, wie sich Systeme der Ungleichheit basierend auf verschiedenen Formen der Diskriminierung, zum Beispiel aufgrund des Geschlechts, ethnischer Zugehörigkeit und Herkunft, sexueller Orientierung, Gender-Identität, Behinderung oder Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen oder indigenen Gruppe, überschneiden (intersect) und so ganz eigene Dynamiken und Auswirkungen bedingen (vgl. Center for Intersectional Justice, CIJ).



Die Regionen Dakar und Saint-Louis wurden für die Fallstudie ausgewählt, um die komplexe Mobilitätssituation und das Zusammenwirken von Klimakrise und historischen Mobilitätsmustern aufzuzeigen. Menschen aus dem ländlich geprägten Landesinneren migrieren in die Ballungszentren an der Küste, um zumeist im Fischereisektor zu arbeiten und Geld für ihre landwirtschaftliche Tätigkeit zu verdienen. Diese saisonalen, historischen Migrationsmuster verändern sich durch das Zusammenspiel der Folgen von Klimakrise und strukturellen sozioökonomischen Einflussfaktoren, die die Lebensgrundlage der Menschen in der Landwirtschaft zerstören. Gleichzeitig haben Landflucht und Urbanisierung sowie die Klimakrise negative Auswirkungen auf die lokale Fischerei. Die Fischereigemeinden sind sowohl Ziel- und Durchreiseorte für Migrant*innen aus dem Landesinneren und den Nachbarländern als auch Ausgangsorte für diejenigen, die sich in Europa ein besseres Leben erhoffen.

1. Methodik

Diese Forschung wurde von einem interdisziplinären wissenschaftlichen Team aus den Bereichen Soziologie, Agrar- und Lebensmittelsysteme, Humangeographie und Recht durchgeführt. Nach der Sichtung und Analyse einschlägiger Literatur wurde eine Feldforschung sowie Ferninterviews mit den wichtigsten Akteur*innen vorgenommen. Die Feldforschung im Senegal wurde in Dakar und Saint-Louis vom Forschungsteam der Universität Bologna in Zusammenarbeit mit zwei senegalesischen Vermittlern im Mai 2021 durchgeführt. Die folgenden qualitativen Methoden wurden angewandt:

- **Einmonatiges Klimatagebuch** (Giacomelli/Walker 2021): 30 Teilnehmende (15 aus ländlichen Gebieten, Saint-Louis; 15 aus städtischen Gebieten, Dakar);
- **Fokusgruppen:** 4 Gruppen (mit je 5 bis 10 Teilnehmenden unterschiedlichen Geschlechts und Alters): 2 in Dakar, 2 in Saint-Louis;
- **Tiefeninterviews:** 35 Befragte.

2. Forschungsergebnisse

THEMEN ALS ERGEBNIS DER FORSCHUNG

- Zusammenspiel von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und geopolitischen Faktoren: Klimakrise, Migration, Umweltzerstörung, Urbanisierung etc.;
- Klimakrise verschärft bestehende Zustände;
- Klimakrise als hegemonialer und instrumentalisierter Diskurs: Risiko der Legitimierung der aktuellen Situation, Übertragen politischer Verantwortung und Entpolitisierung von Mobilitätsfragen = Klimakrise als Symptom nicht als Ursache;
- Jene Menschen, die gesellschaftlich und ökonomisch am meisten benachteiligt sind, sind den Auswirkungen der Klimakrise am stärksten ausgesetzt;

- Hauptrisikofaktoren: Klimakrise, politische Einflussnahme, Fischereiabkommen mit anderen Staaten (vor allem EU), Ocean Grabbing³;
- Rasante und ungeplante Urbanisierung, verstärkt durch zunehmende Landflucht;
- Fehlende Abfallwirtschaft (und Export von Müll aus der EU in den Senegal);
- Mobilitätsmuster veränderten sich durch Klimakrise (massive Binnenmigration vom ländlichen Raum an die Küste, etwa nach Saint-Louis und Dakar, sowie Migration weiter auf die Kanarischen Inseln, Spanien);
- Wunsch nach Mobilitätsgerechtigkeit – weggehen und wieder zurückkehren, durch derzeitiges Grenzkontrollsystem eingeschränkt.

2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen

Viele der Wirtschaftsaktivitäten des Senegal, wie **Landwirtschaft und Fischerei**, werden stark von Klimaveränderungen beeinflusst. Diese Tatsache wird dadurch verschärft, dass über 65 % der senegalesischen Bevölkerung in den Küstengebieten leben, vor allem in und um Dakar sowie in anderen Ballungszentren (vgl. Ndour et al. 2018). Die Umwelt der Küstenregionen ist äußerst fragil und ist gleichzeitig mit dem Anstieg des Meeresspiegels, Küstenerosion, Versalzung von Böden, Stürmen, Überfischung und Verlust von Artenvielfalt konfrontiert (vgl. Amara et al. 2019). **In Bezug auf die Gefährdung durch den Anstieg des Meeresspiegels steht der Senegal an achter Stelle der am meisten gefährdeten Länder der Welt** (vgl. Amara et al. 2019). Die Ausbreitung der Städte beruht mitunter auch auf einem kapitalistischen, extraktivistischen System, das seinen Ursprung in der kolonialgeschichtlichen Ausbeutung hat (vgl. Bernards 2019, 2020).

Auslöser für Küstenerosion im Senegal sind sowohl **natürliche Vorgänge**, wie Dünungswellen, Wetterereignisse und der Anstieg des Meeresspiegels, als auch **menschliche Aktivitäten** (vgl. Gueye/Fall/Tall 2015). Letztere sind beispielsweise illegale Sandgewinnung für die Baubranche (vgl. Ndour et al. 2018) und vor allem die **rasante und ungeplante Urbanisierung**, die wesentlich durch die Landflucht aufgrund einer Dürre, die in den 1970er Jahren im Hinterland des Senegal herrschte, bedingt ist (vgl. Gueye/Fall/Tall 2015). Die Dürre hatte auch den Verlust vieler Bäume zur Folge, die wiederum die Küstengebiete schützten. Die an Senegals Küsten lebenden Menschen, wie die Interviewpartner*innen für diesen Bericht, leben auf Land, das vor ihren Augen im Meer versinkt. Sie berichten nicht nur von Zerstörung durch die Küstenerosion und den Anstieg des Meeresspiegels, sondern auch davon, dass ihnen **ihre Lebensgrundlage und ihre Erinnerungen** genommen werden.

Die Stadt **Saint-Louis** ist aufgrund ihrer geographischen Lage besonders von der Klimakrise bedroht. Der historische Stadtkern befindet sich auf einer Insel im Fluss Senegal. Die Halbinsel La Langue de Barbarie, eine schmale, fast 30 km lange Landzunge aus Sand, schützt die Insel vor dem Atlantischen Ozean. Der **Anstieg des Meeresspiegels** und **zwei**

³ Anm.: Beim Ocean Grabbing werden der Zugang, die Nutzung und die Kontrolle von Fischereiressourcen in Küstengebieten durch politische Maßnahmen, Gesetze oder Methoden (neu) definiert und (neu) verteilt.

verheerende Sturmfluten in den Jahren 2017 und 2018 zerstörten zahlreiche Häuser und machten mehr als 3.200 Menschen in Saint-Louis obdachlos. Aber auch menschliche Eingriffe haben die Umweltsituation verschlimmert. Um Saint-Louis im Jahr 2003 vor einer Überflutung durch den rasch ansteigenden Pegel des Flusses Senegal zu schützen, grub die Lokalregierung als kurzfristige Lösung einen **vier Meter breiten Durchbruch**, eine Art Kanal mitten durch La Langue de Barbarie. Das hatte erhebliche Folgen, da dieser Durchbruch zu einer neuen Flussmündung wurde und sich schnell verbreiterte (vgl. Anthony 2015).

Ameth Sène Diagne, ehemaliger Dorfvorsteher von Doun Baba Dieye, das aufgrund des Durchbruchs überschwemmt wurde, berichtet: *„Es gibt nicht einmal mehr ein Haus! Es steht nur mehr ein Gebäude und auch das ist nur per Boot erreichbar.“* Er beklagt, dass das Wissen der lokalen Bevölkerung außer Acht gelassen und stattdessen einer technokratischen Logik von außen gefolgt wurde, was zum Graben des Durchbruchs und damit zum Verlust zahlreicher Menschenleben geführt hat.

Eine der größten Gefahren im Senegal sind Überschwemmungen. Besonders Dakar ist aufgrund der städtischen Verdichtung und fehlender Planung durch Überschwemmungen bedroht (vgl. Gueye/Fall/Tall 2015). Auslöser ist das Zusammenspiel von besonders intensiven Regenfällen durch die **Klimakrise** und mangelhaften Entwässerungs- und Abwassersystemen in einer von **rasanter und ungeplanter Urbanisierung** geprägten Stadt. Überschwemmungen waren auch ein Punkt, der in den Klimatagebüchern aus Dakar und Saint-Louis gleichermaßen festgehalten wurde. Auf vielen Fotos der Teilnehmenden sind Überschwemmungen zu sehen. Die Bilder zeigen die weitreichenden Auswirkungen der Klimakrise und die Verflechtungen zwischen Urbanisierung und der Anfälligkeit gegenüber den negativen Auswirkungen der Klimakrise.

2.2 Müll

Die mangelhafte Abfallwirtschaft im Senegal hat strukturelle Ursachen. Bei einem Großteil des Mülls handelt es sich um Haushaltsabfälle und der Bevölkerung fehlt es an Entsorgungseinrichtungen (vgl. Hutson 2021). Die Abfallwirtschaft bräuchte einen Top-Down-Ansatz (vgl. *ibid.*). Den Menschen mangelt es aber auch an Bewusstsein. Dadurch liegt Müll, allen voran Plastikmüll, aber auch Kleidung, so gut wie überall verstreut. Einzige Ausnahme sind die touristischen Strände, die wie von Zauberhand frei von Abfällen gehalten werden. Der Müll führt zu gesundheitlichen und sanitären Problemen und wirkt sich nicht zuletzt negativ auf die Artenvielfalt im Meer aus. Das stetig steigende Müllaufkommen ist in den städtischen Gebieten offensichtlich und birgt Herausforderungen in Bezug auf Wasserentsorgung und -aufbereitung sowie Regenwasserableitung (vgl. Armando, Lay Volunteers International Association, LVIA, Ferninterview). Das hat auch negative Folgen für das Leben im Meer.

In den Klimatagebüchern aus Dakar war Müll ein immer wiederkehrendes Thema. Viele Teilnehmende teilten Fotos von **Abfall, der die Umweltsituation vor Ort verschlechtert**. Die Bilder dokumentieren auch ihre zahlreichen Müllsammel- und Sensibilisierungs-Aktionen,



deren Ziel es ist, das Müllaufkommen an ihren Stränden und in ihren Straßen zu reduzieren. Sie zeigen aber auch Veränderungen im Laufe der Zeit, wie am Strand Hann Bay, der „*einmal an zweiter Stelle der Liste der schönsten Buchten der Welt stand*“ (Fakalè, Hann Bay, Dakar) und wo heute aufgrund der Wasserverschmutzung schwimmen nicht mehr möglich ist. Hann Bay ist jetzt einer der am meisten verschmutzten Strände Westafrikas und stellt das wichtigste Industriegebiet der Region dar, wo etwa 70 bis 80 % der Industrie des Senegal angesiedelt ist (vgl. Lewis 2016).

Große Städte wie Dakar haben keine Einrichtungen für die fachgerechte sanitäre Entsorgung und fast 70 % der Feststoffabfälle werden in nicht genehmigten Mülldeponien entsorgt. Im Senegal befindet sich eine der größten Mülldeponien Afrikas, **Mbeubeuss**. Dort findet sich vor allem Plastikmüll, aber auch Kleidung – Überreste der Fast-Fashion-Industrie und Zeugen von deren verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt. Ein Bericht der Ellen MacArthur Foundation (2017) geht davon aus, dass mehr als die Hälfte der Kleidung, die die Fast-Fashion-Industrie produziert, innerhalb von weniger als einem Jahr entsorgt wird. Wenngleich sich die Menschen im Globalen Norden bemühen, Kleidung zu recyceln und wiederzuverwenden, wird letztlich ein Großteil der gesammelten Altkleider in Länder exportiert, die keine eigenen Sammelstellen haben, wie der Senegal, und schließlich landen viele der Kleidungsstücke auf den Deponien (vgl. *ibid.*), wie in Mbeubeuss. Tatsächlich schicken viele EU-Mitgliedsstaaten ihren Müll weiterhin zu Menschen und in Gebiete, die am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind, sogenannte Most Affected People and Areas (MAPA), wo bereits die eigene Müllentsorgung problematisch ist, wie im Senegal (vgl. Hutson 2021).

2.3 Fischerei

In den Küstenregionen des Senegal, wie in Dakar oder Saint-Louis, ist die Fischerei ein wichtiger Arbeitgeber. Schätzungen zufolge beschäftigt die Fischereiindustrie direkt oder indirekt 600.000 Menschen im Senegal, was 15 % der erwerbstätigen Bevölkerung entspricht,⁴ darunter Tausende, vor allem Frauen, die in den Fischverarbeitungsbetrieben tätig sind (vgl. Daniels et al. 2016) sowie Arbeiter*innen in anderen Bereichen wie dem Handel im Fischereisektor. Das **marine Ökosystem**, in dem gefischt wird, wird zerstört: durch die Klimakrise, da die Fische infolge von veränderten Meeresströmungen in andere Gewässer migrieren, aber auch durch Küstenerosion, Verschmutzung und Ocean Grabbing, indem große Industrieschiffe auf der Grundlage von Fischereiabkommen des Senegal mit Ländern des Globalen Nordens – auch der Europäischen Union – den wertvolleren Fisch für sich beanspruchen (vgl. Kaczynski/Fluharty 2002, Allison et al. 2009, Daniels et al. 2016, Okafor-Yarwood/Belhabib 2020).

„Sie sehen es ja, der Strand ist voller Müll. Das vertreibt die Fische, weil sie nicht mehr atmen können. Wenn es keinen geeigneten Lebensraum für die Fische gibt, wenn das Wasser nicht die

⁴ <https://spcsrp.org/en/senegal>



richtige Temperatur hat, dann ziehen sie woanders hin. Dann müssen die Fischer härter arbeiten, um die Fische noch zu erreichen, weil sie in Gewässer ziehen, wo die großen Schiffe unterwegs sind. Das ist das Problem.“

Abdoulaye Diouf, Thiaroye sur Mer, Dakar

Die „großen Schiffe“, von denen Abdoulaye Diouf spricht, sind Industrieschiffe aus dem Globalen Norden, auch aus EU-Mitgliedsstaaten. Die Überfischung durch große Industrietrawler ist mitverantwortlich für den Niedergang der traditionellen Fischerei. Eine Hauptursache für die problematische Situation im Senegal ist außerdem illegaler, nicht gemeldeter und unkontrollierter Fischfang (vgl. Daniels et al. 2016).

2.4 Mobilität

Mobilität war für die Menschen im Senegal seit jeher wesentlich, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Sie ermöglichte es ihnen, ihre Einkommensquellen zu diversifizieren und ihr Leben an die wenigen in ihrer Umwelt zur Verfügung stehenden Ressourcen anzupassen. In den letzten Jahrzehnten haben Umweltschäden durch natürliche Prozesse und menschliche Eingriffe jedoch zugenommen und gefährden die Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung. Seit den späten 1960er Jahren lässt sich eine verstärkte **Landflucht** in die urbanen Zentren des Senegal, besonders nach Dakar, beobachten. Es gibt allerdings keinen direkten Zusammenhang zwischen Trockenperioden und den Migrationsbewegungen, vielmehr ist die Verbindung zwischen Klimaschwankungen und Abwanderung in die Städte höchst komplex und bedarf der Einbeziehung anderer **gefährdender Faktoren**, wie Liberalisierung der Landwirtschafts- und Handelspolitik, Mangel an Bankkrediten, Nachernteverluste und eingeschränkte Ressourcenvielfalt (vgl. Gueye/Fall/Tall 2015). Dies spiegelt sich in anderen Forschungsergebnissen wider (z.B. Geddes et al. 2012), die belegen, dass Menschen aufgrund der wesentlichen Bedeutung wirtschaftlicher Beweggründe *in Richtung* von Umweltrisiken in Städte wie Dakar migrieren.

Darüber hinaus haben die Fischer*innen aufgrund des Niedergangs der Fischerei das Gefühl, **keine andere Wahl** zu haben, als auf irreguläre Weise zu versuchen auszuwandern und über den Atlantischen Ozean in den *pirogues* genannten, kleinen Holzbooten auf der Suche nach besseren Möglichkeiten nach Europa zu gelangen. Wobei es wichtig ist, zu betonen, dass diese Migration nur einen kleinen Teil der Migrationsbewegungen darstellt und die meisten innerhalb des Landes erfolgen. Für die Fischer*innen, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können, sind die durchlässigen Seegrenzen jedoch ein Pull-Faktor. Ein Fischer stellt fest: „**Die Fischer*innen folgen dem Fisch: Wenn der Fisch nach Europa zieht, ziehen die Fischer*innen auch dorthin.**“

Migration mit Booten ist äußerst geschlechtsspezifisch: Die meisten Migrant*innen sind Männer. Für Frauen ist diese Reise keine Option. Sie hoffen eher darauf, dass ihre männlichen Verwandten oder Partner die Reise schaffen und danach die Familie unterstützen. Zumeist sind die Migranten junge Männer. Diejenigen mit dem größten sozialen und ökonomischen Kapital müssen ihr Leben nicht auf einer solch gefährlichen



Reise aufs Spiel setzen, aber es sind dennoch gewisse finanzielle Mittel nötig, um die Reise bezahlen zu können.

Gleichzeitig sind sich die Forschungsteilnehmenden bewusst, dass das **ungerechte Grenzkontrollsystem** die Möglichkeiten zur Ausreise stark limitiert. Es zwingt sie zum Bleiben oder dazu, die Reise über das Meer im Bewusstsein all der Risiken in Angriff zu nehmen. Die Teilnehmenden erwähnten auch das **schlechte Abschneiden des Senegal in den Reisepass-Rankings** des „Passport Index“⁵ – die auf der Anzahl an Ländern basieren, in welche die Passinhaber*innen ohne Einschränkungen reisen können – sowie das äußerst restriktive und mit enormen Kosten verbundene Visa-System (vgl. Sow/Marmer/Scheffran 2016). **Reguläre Migrationswege sind folglich äußerst begrenzt** und die Möglichkeiten zur Mobilität sind eingeschränkt. Viele Menschen hätten einfach gerne die Option, zum Arbeiten oder Studieren wegzugehen und dann wieder zurückzukehren. Die **restriktiven Visa-Bestimmungen** haben jedoch eine Gruppe von „excluded people“ (Sow/Marmer/Scheffran 2016: 239), Menschen die vom System ausgeschlossen sind, geschaffen, denen keine legalen Migrationswege nach Europa offen stehen. In allen Fokusgruppen waren Visa das Thema reger Diskussionen und die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Situation schwierig ist. Omar zum Beispiel erklärt, ein Visum zu bekommen sei *„wie einen Berg zu erklimmen. Es ist zu schwierig und zu teuer [...] Jeder weiß, dass es keine gute Idee ist, die pirogue zu nehmen, aber es gibt keine andere Wahl.“*

3. Schlussfolgerungen und Lösungen

Die Berichte der Menschen aus den Fischereigemeinden an der Küste um Dakar und Saint-Louis zeichnen ein Bild von Orten, die immer weniger bewohnbar werden und wo die Menschen mit **prekären Umweltbedingungen, Müllbergen und fehlender Mobilitätsgerechtigkeit** zu kämpfen haben – eine Situation, die für sie kaum mehr zu ertragen ist. Die Bewohner*innen der lokalen Fischereigemeinden können aufgrund ihrer Marginalisierung innerhalb der ungerechten Machtstrukturen der globalen Wirtschaft ihr Recht auf Bewegungsfreiheit nicht ausüben, haben daher keinen Zugang zu regulären, sicheren Migrationswegen und müssen stattdessen ihr Leben auf der gefährlichen Reise über das Meer riskieren, um der lebensfeindlichen Umwelt zu entkommen. Wenngleich diese Migrationsbewegungen für die Menschen riskant und erschütternd sind, so sind sie doch nur ein kleiner Teil der Migration, die zumeist innerhalb der Grenzen des Senegal erfolgt. Sie lassen sich nicht direkt auf die Klimakrise zurückführen, sondern ergeben sich eher aus einer Reihe von miteinander verwobenen Faktoren.

Die Schäden durch das derzeitige extraktivistische Modell und die kapitalistische Konsumgesellschaft sind in diesen Regionen des Senegal deutlich sichtbar. Die vielschichtige Zerstörung des marinen Ökosystems und deren verheerende Auswirkungen auf das Leben der Menschen gehen auch über die Fischereigemeinden hinaus, da die

⁵ <https://www.passportindex.org/>



Fischerei eine derart große Bedeutung für die Wirtschaft des Senegal hat und den Lebensunterhalt so vieler Menschen sichert.

Der Senegal gibt den Blick hinter die Fassade des kapitalistischen Produktionssystems frei und er zeigt, welche fatale tatsächliche Auswirkungen die daraus resultierende Klimakrise auf Mensch und Umwelt hat. Die Umweltschützer*innen und Aktivist*innen, die für diesen Bericht befragt wurden, haben das Recht, in einer sicheren, sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt zu leben, und fordern dieses auch ein. Außerdem brauchen sie ein Recht auf Mobilität und mehr legale Migrationswege für Aus- und Rückreise, was den Tod vieler Menschen auf dem Meer verhindern würde. Die durch die Klimakrise verstärkten globalen Ungleichheiten zeigen sich deutlich im Leben der Menschen an den Küsten des Senegal, die auf Land leben, das buchstäblich vor ihren Augen versinkt.

FALLSTUDIE 2: GUATEMALA

Guatemala wird wiederholt als eines der zehn Länder der Welt angeführt, die den Auswirkungen der Klimakrise am meisten ausgesetzt sind. Laut Zahlen des Climate Change Knowledge Portal sollen die Temperaturen, insbesondere im Süden des Landes, um 1,5 bis 4,5 Grad steigen. In Guatemala werden die negativen Folgen der Klimakrise dadurch verstärkt, dass Naturkatastrophen aufgrund der geographischen Lage des Landes im Tropengürtel immer häufiger auftreten und immer intensiver werden. Wenn zusätzlich die Anpassungskapazitäten vor Ort fehlen, wirken sich diese Folgen tendenziell noch negativer aus. Guatemala befindet sich in einer semi-ariden Region, die als Dry Corridor bekannt ist. Damit wird eine Reihe von Ökosystemen bezeichnet, welche die tropischen Trockenwälder Zentralamerikas umfassen, die durch die Klimakrise besonders gefährdet sind. Klimabedingte Risiken im Dry Corridor sind vor allem wiederholte Dürren, extreme Regenfälle und schwere Überschwemmungen. Diese treten verstärkt in degradierten Zonen auf und wirken sich negativ auf die landwirtschaftliche Produktion aus.

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Guatemalas lebt auf dem Land und von diesen leben 70 % in Armut. Die Klimakrise kann als Verstärker von Armut, Ressourcenmangel oder Ernährungsunsicherheit gesehen werden. Menschen, die mit der Umwelt arbeiten und von ihr abhängig sind, wie beispielsweise in der Landwirtschaft, sind den Auswirkungen der Klimakrise besonders ausgesetzt und neigen eher dazu, als Anpassungsstrategie zu migrieren. Die Verwaltungsbezirke **Totonicapán und Sololá** wurden für die Fallstudie ausgewählt, weil die Bevölkerung dort intensive Landwirtschaft betreibt und die Gebiete von großflächiger Entwaldung betroffen und dadurch besonders anfällig für die Klimakrise sind. Guatemala gilt als multikulturelles, multiethnisches und multilinguales Land, in dem die drei indigenen Volksgruppen der Maya, Xinka und Garífuna leben. Bei der Volkszählung im Jahr 2018 gaben 43,56 % der Bevölkerung an, indigen zu sein, darunter 41,7 % Maya, 1,8 % Xinka und 0,1 % Garífuna (afrikanisch-indigener Abstammung). In Totonicapán liegt dieser Prozentsatz sogar bei 98 % (vgl. INE 2018).



Guatemala hat eine Reihe erwähnenswerter Maßnahmen ergriffen, um den Folgen der Klimakrise entgegenzuwirken. Im Jahr 2009 wurden mehrere politische Strategiepapiere erlassen, wie die *Nationale Klimawandel-Politik* (vgl. MARN 2009) oder der *Nationale Klimawandel-Aktionsplan* (vgl. CNCC 2016). Diese sollen prioritäre Maßnahmen zur Verminderung der Verwundbarkeit, Verbesserung der Anpassung, Bekämpfung der Entwaldung und Reduktion der Treibhausgasemissionen im Zuge des *Klimawandel-Rahmengesetzes* einleiten (vgl. CNCC 2016). Über diese nationalen politischen Strategien hinaus gibt es auch sehr viele Initiativen auf Meso- und Mikroebene sowie von Nichtregierungsorganisationen vor Ort, die auf das Management natürlicher Ressourcen zur Stärkung der Resilienz gegenüber den Auswirkungen der Klimakrise gerichtet sind.

Im September 2016 billigte der guatemaltekische Kongress das Migrationsgesetzbuch und hob damit das Gesetzesdekret 95-98 auf. Als besonders bedeutende Punkte in diesem neuen Gesetzbuch sind das Recht jeder Person, auszuwandern oder nach Guatemala einzuwandern sowie das Recht auf temporären und dauerhaften Aufenthalt hervorzuheben. Auf regionaler Ebene unterzeichnete Guatemala die **Erklärung von Cartagena über Flüchtlinge von 1984**. 2014 unterstützte das Land gemeinsam mit anderen Staaten die Verabschiedung von **Erklärung und Aktionsplan von Brasilien** zur Stärkung der Kooperation und Schaffung von Schutzmechanismen für vertriebene und staatenlose Menschen – einschließlich jener, die durch die Klimakrise oder Naturkatastrophen vertrieben wurden – bis 2024. Außerdem ist Guatemala seit 2005 Unterzeichner des Übereinkommens zur Schaffung eines einheitlichen Visums für Zentralamerika für den freien Personenverkehr von ausländischen Staatsangehörigen zwischen den Republiken El Salvador, Honduras, Guatemala und Nicaragua (Convenio Centroamericano de libre movilidad, CA-4). Obwohl die bedeutendsten Migrationsbewegungen in Richtung Vereinigte Staaten von Amerika erfolgen, gibt es **zwischen Guatemala und den USA keine spezifische Vereinbarung zu Migration**. Im Jahr 2019 schlossen die USA und Guatemala eine Asyl-Kooperationsvereinbarung (Asylum Cooperative Agreement, ACA). Dank dieser Vereinbarung können die USA nicht-guatemaltekische Asyl-Suchende, vor allem aus Honduras und El Salvador, rasch nach Guatemala ausweisen, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, in den USA einen Asylantrag zu stellen. Gleichzeitig erhalten sie aber in Guatemala keinen Zugang zu effektivem Schutz. Das führt dazu, dass sie de facto auf ihren möglichen Asylanspruch verzichten müssen und sich gezwungen sehen, trotz berechtigter Angst vor Verfolgung und Gefahr für Leib und Leben in ihre Heimatländer zurückzukehren (vgl. HRW 2020).

1. Methodik

Die Informationen in diesem Kapitel wurden durch eine Kombination verschiedener Methoden und in verschiedenen Forschungsphasen gewonnen. Zunächst wurde eine Sichtung und Analyse einschlägiger wissenschaftlicher und grauer Literatur⁶ vorgenommen, welche mit halbstrukturierten Interviews mit den wichtigsten Akteur*innen und

⁶ Anm.: Als graue Literatur werden Publikationen bezeichnet, die nicht von einem Verlag veröffentlicht wurden, wie beispielsweise Privatdrucke, Firmenschriften, Kongressberichte oder akademische Schriften.



Expert*innen zu Migration und/oder Umwelt in Guatemala kombiniert wurde. Diese Interviews wurden remote über die Videokonferenz-Plattformen Skype oder Zoom im Juni und Juli 2020 geführt. Die Ergebnisse wurden durch empirische Daten aus der Feldforschung ergänzt: Fokusgruppen, Klimatagebücher sowie halbstrukturierte Interviews, welche Socialab im April und Mai 2021 mit ausgewählten, von der Klimakrise betroffenen Menschen vor Ort in Totonicapán und Sololá führte. Des Weiteren führte das spezialisierte Unternehmen Kantar-Mercaplan im April und Mai 2021 mit einer repräsentativen Stichprobe aus der Bevölkerung von Totonicapán eine Befragung durch.

- **Einmonatiges Klimatagebuch** (Giacomelli/Walker 2021): 30 Teilnehmende (15 aus ländlichen Gebieten; 15 aus städtischen Gebieten);
- **Fokusgruppen:** 4 Gruppen (mit je 5 bis 10 Teilnehmenden unterschiedlichen Geschlechts und Alters), 2 aus städtischen Gebieten (Guatemala City) und 2 aus ländlichen Gebieten (1 im Dorf Chuicullil, Nahualá, Sololá; und 1 im Dorf Vásquez, Totonicapán);
- **Tiefeninterviews:** 11 Befragte;
- **Haushaltsbefragung:** 400 Haushalte, Teilnehmende männlich und weiblich, im Alter von 18 bis 65 Jahren, repräsentativ für die ländliche Bevölkerung des Verwaltungsbezirks Totonicapán, die von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen ist und/oder ein Familienmitglied mit Migrationsgeschichte im Haushalt hat.

2. Forschungsergebnisse

THEMEN ALS ERGEBNIS DER FORSCHUNG

- Zusammenspiel von Umweltzerstörung und Klimakrise:
 - Entwaldung, ineffiziente Abfallwirtschaft und Wasserknappheit wurden als Hauptprobleme im Zusammenhang mit Umweltzerstörung ermittelt;
 - Ausbreitung von Monokulturen (Zuckerrohr, Palmöl) von Agrarkonzernen für den Export und Mangel an politischen Maßnahmen und Engagement, vor allem auf lokaler Ebene, werden als verschärfende Faktoren betrachtet und sind einer der Hauptgründe für Umweltzerstörung;
 - Unkontrollierte Urbanisierung;
 - Niederschlagsschwankungen (Überschwemmungen und Dürren) zeigen sich als Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Klimakrise;
- Verantwortung für die Klimakrise wird hauptsächlich der nationalen Regierung zugeschrieben, die den Interessen großer (mitunter ausländischer) Unternehmen folgt und ein korruptes System fördert;
- Individuen sind verantwortlich als Akteur*innen im Alltag, denen es an umfassendem Bewusstsein und ausreichender Aufklärung fehlt;
- Folgen:
 - Verringerte Ernten bzw. Nahrungsmittelproduktion der Kleinbäuerinnen und -bauern;

- Wahrnehmung, dass die Menschen für die Bewältigung plötzlich eintretender Ereignisse in keiner Weise vorbereitet sind;
- Migration erfolgt vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, auf der Suche nach besseren Lebenschancen, wegen Fehlen von Arbeitsplätzen; Klimakrise wird nicht als eigenständiger Treiber für Migration angesehen, sondern als ein Element, das den individuellen Migrationswunsch beeinflusst.

2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen

„Guatemala ist eine der gefährdetsten Regionen der Welt. Wir sind von allen Folgen dieses Klimawandels betroffen, wie Tropenstürme, Erdbeben, Klimaveränderungen, die vor allem die Produktion beeinträchtigen.“ (Luisa, 51, guatemaltekische Forscherin)

Die physisch-geographischen Gegebenheiten des Landes machen Guatemala besonders anfällig für Hurrikans, Stürme und andere Wetterextremereignisse, vor allem im Gebiet des Dry Corridor. „El Niño“, ein wiederkehrendes Wetterphänomen, das eine ungewöhnliche Wassererwärmung im Pazifik zur Folge hat und oft zu drastischen Störungen der Wetterverhältnisse mit Überschwemmungen und Dürren führt, verstärkt die Gefährdung der Region. Im Ostteil Guatemalas löst es vor allem häufige, schwere Dürren aus. Die Klimakrise hat die Dauer der Jahreszeiten, die durch die Regenzeit geprägt waren, verändert. Der Durchfluss an Oberflächenwasser ist in manchen Gegenden um 10 bis 50 % zurückgegangen. Dies wird, gemeinsam mit dem vorhergesagten Temperaturanstieg und der Verringerung der Regenfälle, zu einer schlechteren Wasserversorgung für den privaten Gebrauch, die menschliche Entwicklung und die Bewässerung führen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass in Totonicapán Hitzewellen als am bedrohlichsten wahrgenommen werden (31,4 % der Befragten geben die Eintrittswahrscheinlichkeit als sehr wahrscheinlich oder fast sicher an), gefolgt von Stürmen (21,7 %) und Dürren (12 %). In Totonicapán sehen die Menschen die Gefahr durch Überschwemmungen als am wenigsten wahrscheinlich an. Die Gefahr durch Hitzewellen ist in der Wahrnehmung der Befragten in den letzten fünf Jahren am meisten gestiegen (35,8 % der Befragten).

2.2 Das (Miss-)Management natürlicher Ressourcen: Verschärfung des Problems

Die Hauptprobleme in den städtischen Gebieten sind unkontrollierte Urbanisierung und das daraus resultierende Müllaufkommen, was sich gleichzeitig negativ auf eine adäquate Ableitung von Oberflächenwasser auswirkt. Menschen, die im ländlichen Raum leben, sind jedoch noch stärker von Problemen betroffen. Die Bevölkerung leidet unter den Folgen von Entwaldung und Wasserknappheit (vgl. Gleditsch et al. 2006, Brown/Funk 2008, Hanjra/Qureshi 2010). Hinzu kommt die Ausbreitung der Monokulturen der Agrarkonzerne, die die Ernährungssicherheit und die Sicherheit der Menschen im Allgemeinen – vor allem



der indigenen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten, die nur eingeschränkten Zugang zu Anpassungs- und Abmilderungsstrategien hat – beeinträchtigt (vgl. Barnett/Adger: 2007). Die Ausbreitung der Monokulturen führt nicht nur zu Entwaldung und Vertreibung der indigenen Bevölkerung, sondern auch zu vermehrten Konflikten und erhöhten Spannungen.

Die **Abfallentsorgung** erfolgt nicht ökologisch nachhaltig: Die Hälfte der Bevölkerung von Totonicapán verbrennt ihren Müll (50,48 %), auf nationaler Ebene ist der Anteil fast genauso hoch (42,79 %). Nur 10,2 % der Haushalte nutzen kommunale oder private Entsorgungsdienste. Hingegen kompostieren und/oder recyceln die Bewohner*innen von Totonicapán häufiger als auf nationaler Ebene (23,26 % gegenüber 6,82 % im nationalen Durchschnitt) (vgl. INE 2019). In vielen Interviews und Diskussionen in den Fokusgruppen sahen die Teilnehmenden die Haltung in Bezug auf Abfallentsorgung als problematisch. Das Müllaufkommen verschlimmert möglicherweise auch die Auswirkungen der unregelmäßig auftretenden Überschwemmungen, die durch mangelhafte Ableitungssysteme für Oberflächenwasser verstärkt werden. Fehlende Abwassersysteme in vielen Regionen und Müll, der bei Überschwemmungen in Gewässer gelangt, stellen schwerwiegende Umwelt- und Gesundheitsrisiken dar. Die Menschen haben den Eindruck, dass die lokalen Behörden versagen, wenn es darum geht, der Bevölkerung Verhaltensregeln für den Umgang mit Müll zu vermitteln.

In Guatemala sind 58 % der Haushalte an das Wasserleitungssystem angeschlossen. 27,5 % der Befragten gaben an, dass sie in den letzten zwölf Monaten vor dem Interview unter Trinkwasserknappheit gelitten haben. **Wasser** wird in Guatemala vor allem für die Landwirtschaft (59,5 %), private Haushalte (18 %) und die Energieproduktion (15,4 %) verwendet (vgl. MARN 2016). Von der bewässerten Fläche entfallen 71 % auf Produkte für den Export durch die Agrarindustrie (**Zuckerrohr, Palmöl und Bananen**), die wiederum 69 % des gesamten Wassers zur Bewässerung verbrauchen (vgl. Solano Garrido/Ochoa 2019). Neben den Agrarkonzernen benötigt auch der wachsende Bergbausektor immer größere Mengen an Wasser, was zur Umleitung von Flüssen, Ernteaussfällen und Beeinträchtigung der traditionellen Fischerei führt und gleichzeitig Menschen den Zugang zu Wasser verwehrt. Die Bevölkerung ist außerdem illegalen und legalen Landenteignungen ausgesetzt (vgl. PNUD 2016), was das generelle Missmanagement der Ressourcen widerspiegelt. Kleinbäuerinnen und -bauern im ländlichen Raum leiden unter Wasserknappheit und der daraus resultierenden Trockenheit der Böden, weil es keine adäquate Wasserversorgung gibt. Die politischen Entscheidungsträger*innen auf lokaler und nationaler Ebene ergreifen keine wirksamen Maßnahmen und/oder gehen keine Verpflichtungen ein, die natürlichen Ressourcen angemessen zu verwalten.



2.3 Ungleichheiten und Verwundbarkeiten in Bezug auf Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit

In Guatemala herrschen tiefgreifende horizontale (und vertikale) Ungleichheiten⁷ entlang ethnischer Trennlinien (vgl. Thorp/Caumartin/Gray-Molina 2006) und je nach Geschlecht. Das berichten auch die Teilnehmenden in den Ferninterviews und den Interviews vor Ort. Juan José Hurtado Paz y Paz, Vorsitzender des Vereins Pop No'j, spricht von einem „*rassistischen und diskriminierenden Aufbau des Staates, der die Ausbeutung der indigenen Völker gerechtfertigt hat.*“ Da Angehörige indigener Volksgruppen oft bei der nationalen und regionalen Entscheidungsfindung nicht in gleichem Maße Gehör finden, leiden sie unter ungleichem Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildungschancen, nahrhaften Lebensmitteln und Arbeitsplätzen. Frauen werden außerdem in Bezug auf den Zugang zu Bildung, Teilnahme am Arbeitsleben und Zugang zu öffentlichen Diensten benachteiligt, was ihre Verwundbarkeit erhöht. Nur 37 % der Frauen sind am formellen Arbeitsmarkt aktiv (bei Männern sind es hingegen 85 %), 27 % sind selbstständig und 28 % haben Zugang zu Finanzdienstleistungen (bei Männern sind es hingegen 66 %) (vgl. INE 2020b). Frauen wird außerdem der Zugang zu sozialen Dienstleistungen, zu Bildung und Gesundheitsversorgung erschwert und sie werden häufiger Opfer von Gewaltverbrechen. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie ältere Menschen, Frauen – vor allem indigene Frauen –, Kinder und Menschen, die in armen ländlichen Gebieten leben, sind von Schäden durch Naturkatastrophen unmittelbar betroffen.

2.4 Mobilität der Menschen in Guatemala: Muster und Tendenzen

Einwanderung: 3,25 % der Teilnehmenden an der Befragung wurden nicht in Totonicapán geboren.⁸ Von diesen waren 53,8 % vor 2010 in die Region gezogen und 42,2 % waren wegen der Arbeit nach Totonicapán gekommen.

Abwanderung: 10 % der Befragten gaben an, dass sie selbst oder ein*e Verwandte*r während einer gewissen Zeit des Jahres aus Arbeitsgründen woanders lebt (das stimmt mit den Zahlen auf nationaler Ebene überein), wobei die Mehrheit (75 %) für weniger als vier Monate abwandert. 22,5 % von ihnen ziehen ins Ausland und 77,5 % wandern innerhalb von Guatemala, oft in ein großes Ballungszentrum (60 %).

2,75 % der Befragten haben ein Mitglied in ihrem Haushalt, das in den letzten zehn Jahren aus Arbeitsgründen dauerhaft ausgewandert ist. Von diesen ausgewanderten Menschen waren 72,7 % Männer und 27,3 % Frauen.

Ziele für die Zukunft: Auf die Frage, ob sie in näherer Zukunft planen, von ihrem derzeitigen Wohnort wegzuziehen, antworteten nur 7,2 %, dass sie dies planen oder gerne tun würden.

⁷ Anm.: Während vertikale soziale Ungleichheit auf Bildung, Einkommen, Vermögen oder dem beruflichen Status beruht, bezieht sich horizontale Ungleichheit auf Alter, Geschlecht, Nationalität, Familienstand oder Wohnort.

⁸ Anm.: Es wurden nur Menschen aus Totonicapán befragt.



Als die drei Gründe mit der höchsten Zustimmung (auf einer Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 10 „stimme vollkommen zu“) gaben sie die folgenden an:

- Mangel an Initiativen zur Unterstützung der Landwirtschaft und ländlicher Aktivitäten (Mittelwert: 4,86);
- Erfolgsgeschichten anderer Migrant*innen (Mittelwert: 6,03);
- Fehlen von Möglichkeiten, persönliche Ziele zu erreichen (Mittelwert: 7,01).

Armut und Arbeitslosigkeit werden als häufigste Gründe für interne und internationale Migration angegeben, weshalb die Migrant*innen oft den am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen angehören. Das Geschlecht oder Alter spielen keine spezifische Rolle: *„Frauen und Männer und junge Frauen, junge Menschen und Erwachsene, es gibt kein bestimmtes Alter für Migration“* (Maria, 53, Hausfrau, Bäuerin, Aktivistin). In Bezug auf die Art der Migrationsmuster zeigen Literaturanalyse und Interviews deutlich, dass die meisten Migrationsbewegungen intern zwischen ländlichen Gebieten erfolgen und sowohl dauerhaft als auch temporär – wie für Saisonarbeit auf Kaffee- oder Zuckerplantagen – sein können. Die Produktion in Monokulturen zwingt die Menschen, vor allem Angehörige indigener Gruppen, zu interner, saisonaler Migration. Junge Menschen hingegen haben andere Ziele, auch in Bezug auf ihre **persönliche Weiterentwicklung**, weshalb diese Gruppe verstärkt nach Guatemala-Stadt abwandert. Der Anteil der Gesamtbevölkerung, der in Städten lebt, ist in Guatemala von 31 % im Jahr 1960 auf 51,8 % im Jahr 2020 angestiegen (vgl. World Bank 2017).

Grenzüberschreitende Migration erfolgt vor allem in den Süden Mexikos, wo die Menschen temporäre, schlecht bezahlte Arbeit in der Landwirtschaft annehmen, und in die Vereinigten Staaten, die als attraktivstes Ziel für internationale Migration angesehen werden. Angesichts der relativen geographischen Nähe der beiden Länder war Migration in die Vereinigten Staaten in den letzten 30 Jahren prägend für die Gesellschaft und die Wirtschaft Guatemalas.⁹ Die meisten Migrant*innen sind immer noch Erwachsene (ungefähr 80 % der Männer und 20 % der Frauen), aber in den letzten Jahren stieg der Anteil der (un)begleiteten Minderjährigen.

Migration wird oft als etwas Negatives wahrgenommen, das Familien auseinanderreißt. Erfolgreiche Migration kann aber zu einer wesentlichen Unterstützung für die daheimgebliebene Familie werden. Die Interviewpartner*innen bestätigten, wie wichtig **Rücküberweisungen** von im Ausland lebenden Familienmitgliedern für die Familien und die gesamte guatemalteckische Wirtschaft sind.

⁹ Anm.: Daten der Internationalen Organisation für Migration zeigen, dass 2016 die jährlichen Rücküberweisungen nach Guatemala von im Ausland lebenden Familienmitgliedern 7,27 Milliarden US-Dollar betragen, wobei 97,1 % Rücküberweisungen aus den Vereinigten Staaten waren („Guatemala Remittances - 97 Percent from USA: IOM Study“, Mitteilung vom 17. Februar 2017). Im Jahr 2020 stiegen die Rücküberweisungen um 7,9 % und machten 14,6 % des Bruttoinlandsprodukts aus. Siehe „2021 Investment Climate Statements: Guatemala“, <https://www.state.gov/reports/2021-investment-climate-statements/guatemala/>.



Seit 2004 wurden jedoch zahlreiche Guatemalte*innen zur Rückkehr aus anderen Ländern gezwungen. Nach Informationen der Internationalen Organisation für Migration (International Organization for Migration, IOM) stehen Migrant*innen, die in ihre Heimat zurückkehren müssen, bei ihrer erfolgreichen Wiedereingliederung einer Vielzahl an Schwierigkeiten und Hindernissen gegenüber, wie eingeschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten und fehlendem Zugang zu sozialen Dienstleistungen und Krediten. Wenn Menschen ihren Versuch auszuwandern über Schulden finanziert haben und dieser scheitert, kann das dazu führen, dass die Notwendigkeit und der Wunsch, sich erneut auf die Reise zu machen, größer werden. Es ist wahrscheinlich, dass die Bedingungen, unter denen Familien mit Mitglieder, die immer wieder versuchen auszuwandern, leben, aufgrund der hohen damit verbundenen Kosten und der zermürbenden Abfolge von Migration und Abschiebung mit jedem Versuch schlechter werden.

2.5. Zusammenspiel von Umwelt bzw. Klimakrise und Migration

Die meisten Interviewpartner*innen definierten „Umweltmigrant*in“ als eine Person, die intern, zwischen ländlichen Gebieten „auf der Suche nach besseren Arbeits- und Lebenschancen“ migriert (Luis Rodriguez, Gründer und Vorsitzender vom gemeinnützigen Umwelt-Verein GuateAmbiente). In Guatemala „intensiviert der Klimawandel bereits bestehende Migrationsbewegungen“ (Laura Hurtado, Büroleiterin Guatemala der internationalen Nichtregierungsorganisation ActionAid). In diesem Sinne verschlimmert die **Klimakrise** andere strukturelle Probleme des Landes, wie die Armut, und **verstärkt bestehende Verwundbarkeiten**. Die Klimakrise wird nicht als eigenständiger Treiber für Migration angesehen, sondern eher als ein Element, das den individuellen Migrationswunsch beeinflusst.

Die Gründe für Migration sind in Guatemala vielfältig und hängen auf verschiedenen Ebenen miteinander zusammen, weshalb das Land grundlegend von unterschiedlichen Migrationsbewegungen geprägt ist: kurz- und langfristig, intern und in andere Länder. Dadurch steigt die Anzahl jener Menschen, für die **Migration eine Strategie ist, um eine Gefährdungssituation abzuschwächen**. Auslöser für eine Migrationsentscheidung können ebenso Klimakatastrophen wie Überschwemmungen sein. Darüber hinaus betonen die Interviewpartner*innen den engen Zusammenhang zwischen indigenen Bevölkerungsgruppen, Klimakrise und Migration. Angehörige indigener Gruppen spüren die Auswirkungen der Klimakrise im Vergleich zu nicht-indigenen Gruppen wesentlich stärker.

Monokulturen und der (Metall-)Bergbau breiten sich immer weiter aus (vgl. van de Sandt 2009). In den letzten Jahrzehnten erlebten die indigenen Bevölkerungsgruppen, wie das Land immer mehr ausgebeutet wurde. Dies löste einen Teufelskreis aus: Monokulturen und Bergbau führen zu Umweltzerstörung, diese nimmt immer mehr zu, was wiederum negative soziale und ökologische Auswirkungen auf die indigenen Gemeinschaften und die Gebiete, in denen sie leben, hat. Folglich ist die Großteils indigene Bevölkerung in den ländlichen Gebieten zur Migration gezwungen. Da ökologische und wirtschaftliche Probleme stark miteinander verwoben sind, gehen die Menschen nicht



davon aus, dass ein internationales Instrument zu ihrem rechtlichen Schutz von Nutzen wäre.

Wie hat der Klimawandel den Wunsch der Menschen zu migrieren beeinflusst?

*Ja, sie sind dazu gezwungen, aus ihren Dörfern weg nach Guatemala-Stadt zu gehen, um dort Arbeit zu finden, oder in andere Länder, vor allem in die Vereinigten Staaten. Das ist ein Land, das viele Migrant*innen unterstützt hat, aber es ist jetzt schwierig geworden dort hin zu kommen. Also das [die Migration] hat vielen Menschen irgendwie geholfen, weil das allein, was wir hier haben, ist nicht mehr genug, um zu überleben. Es wäre gelogen, zu sagen, dass meine heutige Situation so wäre, wenn es nicht jemanden gegeben hätte, der dorthin ausgewandert wäre. Denn leider ist es schon schwierig hier zu überleben. Oder wir müssen in die Stadt gehen, um dort eine Arbeit zu finden, auch wenn die miserabel bezahlt ist. Und die, die in der Stadt keine Arbeit finden können, müssen sich nach anderen Möglichkeiten umsehen. (Maria, 53, Hausfrau, Bäuerin, Aktivistin)*

3. Schlussfolgerungen und Lösungen

Die Klimakrise führt zu **Klimaschwankungen**, die unregelmäßige Regenfälle und Extremereignisse (vor allem Hitzewellen und Überschwemmungen) zur Folge haben, die sich negativ auf Menschen auswirken, deren Lebensgrundlage vom Wetter abhängt. In Guatemalas ländlichen Gebieten wird die Umwelt zerstört. Die Ursachen sind zahlreich, wie die **Ausbeutung natürlicher Ressourcen**, die Ausdehnung von Monokulturen und Entwaldung. Migration aus Umweltgründen erfolgt zumeist **intern** und vor allem in der **ländlichen Bevölkerung**, wobei die Menschen entweder dauerhaft oder temporär – für Saisonarbeit auf Kaffee- oder Zuckerplantagen – migrieren. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen indigenen Bevölkerungsgruppen, Klimakrise und Migration. Angehörige indigener Gruppen spüren die Auswirkungen der Klimakrise im Vergleich zu nicht-indigenen Gruppen wesentlich stärker. Als Faktoren, die Mobilität fördern oder behindern, wurden die Bedeutung des grenzüberschreitenden Kontexts – vor allem die bilaterale Beziehung zu Mexiko und den USA – sowie historisch geprägte Migrationsmuster genannt. Die Interviewpartner*innen bekräftigten, dass Migration zumeist nicht linear erfolgt, sondern es sich eher um einen **zweistufigen Prozess** handelt: vom Land in die Stadt und sodann, wenngleich weniger häufig, von der Stadt in Drittländer, besonders Mexiko und die USA. Migrationsursachen sind vor allem wirtschaftliche Beweggründe, die Hoffnung auf bessere Lebenschancen oder der Mangel an Arbeitsplätzen. Die Klimakrise wird nicht als eigenständiger Treiber für Migration angesehen, sondern als ein Element, das den individuellen Migrationswunsch beeinflusst.

Um die bestehenden Herausforderungen zu meistern, plädieren die Interviewpartner*innen für mehr Wissen über Umweltfragen und ein stärkeres Engagement der Bevölkerung für den Umweltschutz. Außerdem fordern sie eine bessere Umsetzung der Gesetze über Wasser, Abfallentsorgung und Landnutzung, vor allem um ausbeuterische Praktiken beim Anbau in Monokulturen zu verhindern.



FALLSTUDIE 3: KAMBODSCHA

Kambodscha wird vor allem aufgrund seiner fehlenden Anpassungskapazitäten immer wieder als eines der zehn Länder der Welt genannt, die den Auswirkungen der Klimakrise am stärksten ausgesetzt sind. Die Folgen der Klimakrise betreffen das Land besonders, da ein Großteil der Menschen von regenabhängiger Landwirtschaft und Fischfang lebt. Außerdem ist die überwiegend ländliche Bevölkerung auf natürliche Ressourcen angewiesen, wenn es um ihre Versorgung mit Lebensmitteln, ein Dach über dem Kopf und ihr Einkommen geht. Die Wirtschaft Kambodschas gehört zu den am schnellsten wachsenden der Welt. Das Wachstum ist jedoch sehr ungleich auf die Bevölkerung verteilt und ist geprägt von weitverbreitetem Land Grabbing¹⁰, erheblicher Umweltzerstörung und Ausgrenzung von armen Menschen, Minderheiten und indigenen Völkern. Viele Kambodschaner*innen würden gerne in Kambodscha und bei ihren Familien bleiben, aber sie sind durch mangelnde Jobchancen in den Städten und die Beeinträchtigung ihrer Lebensgrundlage, der Landwirtschaft, durch die Klimakrise und sozioökonomische Einflussfaktoren zur Migration gezwungen. In der für die Fallstudie ausgewählten Region Battambang wandern die Menschen vor allem in das Nachbarland Thailand aus. Oft erfolgt die Migration illegal, was das Risiko für Ausbeutung erhöht. Die Provinz Battambang grenzt im Westen an Thailand, im Osten liegt der Tonle Sap See. Regenabhängige Landwirtschaft stellt die wichtigste Wirtschaftsaktivität des Landes dar. Die Teilnehmenden an der Forschung sind mehrheitlich in der Landwirtschaft tätig, aber ergänzen ihr Einkommen durch den Fischfang, je nachdem, wie nahe sie am Tonle Sap See leben. Battambang hat ein hohes Dürreerisiko und ein mittelhohes Überschwemmungsrisiko, vor allem durch Starkregen aber auch aufgrund von schlecht geplanten Ableitungssystemen für Oberflächenwasser und steigender Urbanisierung.

1. Methodik

Die Erkenntnisse dieses Kapitels wurden aus einer Kombination verschiedener Methoden und Forschungsphasen gewonnen. Zunächst wurde eine Sichtung und Analyse einschlägiger wissenschaftlicher und grauer Literatur vorgenommen, welche mit im Juni und Juli 2020 über Videokonferenz-Plattformen geführten, halbstrukturierten Ferninterviews mit den wichtigsten Akteur*innen und Expert*innen zu Migration und/oder Umwelt in Kambodscha kombiniert wurde. Die Ergebnisse wurden durch empirische Daten aus der Feldforschung ergänzt: Fokusgruppen, Klimatagebücher und von der Royal University of Phnom Penh (RUPP) im Juli und August 2021 geführte, halbstrukturierte Interviews. Im September 2021 führte das spezialisierte Unternehmen Angkor Research eine Haushaltsbefragung durch.

- **Einmonatiges Klimatagebuch** (Giacomelli/Walker 2021): 30 Teilnehmende;
- **Fokusgruppen:** 2 Gruppen (mit 5 bis 10 Teilnehmenden unterschiedlichen Geschlechts und Alters);
- **Tiefeninterviews:** 12 Befragte;

¹⁰ Anm.: Land Grabbing ist die teilweise illegitime oder illegale Aneignung von (Agrar-)Landflächen, oft durch wirtschaftlich oder politisch durchsetzungsstarke Akteur*innen.



- **Haushaltsbefragung:** 250 Haushalte, Teilnehmende männlich und weiblich, im Alter von 18 bis 65 Jahren, mit gewisser Migrationserfahrung.

2. Forschungsergebnisse

THEMEN ALS ERGEBNIS DER FORSCHUNG

- Zusammenspiel von Umweltzerstörung, Umweltveränderung und Klimakrise;
- Entwaldung durch:
 - (oft illegale) Abholzung für die kommerzielle Nutzung durch große Konzerne;
 - Bäuerinnen und Bauern, die ihre landwirtschaftliche Fläche erweitern;
 - Korruption und schlechte Waldbewirtschaftung bzw. mangelnden Schutz der Wälder;
 - mangelhafte Umsetzung der Gesetze;
- Niederschlagsschwankungen (Überschwemmungen und Dürren) zeigen sich als Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Klimakrise;
- fehlende Anpassungskapazitäten sind ein großes Problem;
- weniger Überschwemmungen in Überschwemmungsgebieten;
- Folgen:
 - Verringerte Ernten für Kleinbäuerinnen und -bauern und weniger Erträge im Fischfang;
 - Wahrnehmung, dass die Menschen für die Bewältigung plötzlich eintretender Ereignisse in keiner Weise vorbereitet sind;
- Verschuldung bei Mikrofinanzinstitutionen und Feststecken in einer Schulden Spirale sind wesentliche Probleme, die oft mit Migration in Verbindung stehen;
- Ernährungs- und Einkommensunsicherheit der Familien durch die Folgen von Dürren und unregelmäßigen Niederschlägen;
- Geschlechtsspezifische Dynamiken werden verstärkt, da Großmütter mit der Betreuung von Kindern zurückgelassen werden, deren Eltern nach Thailand zum Arbeiten auswandern; dies führt zu sozialem Druck und Schwierigkeiten für die Familien;
- Migration erfolgt vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, auf der Suche nach besseren Lebenschancen, wegen Fehlen von Arbeitsplätzen; die Klimakrise wird nicht als eigenständiger Treiber für Migration angesehen, sondern als ein Element, das den individuellen Migrationswunsch bzw. die Notwendigkeit, alternative Einkommensquellen außerhalb der Landwirtschaft zu erschließen, beeinflusst;
- Viele würde gerne in Kambodscha bleiben, sagen aber, dass sie aufgrund der fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten Arbeit in Thailand suchen würden; oft erfolgt Migration nicht über legale Wege, weshalb sie teuer und voller Herausforderungen sein kann, was gleichzeitig das Ausbeutungsrisiko für migrierte Arbeiter*innen erhöht.

2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen

Die Befragung zeigt, dass 64 % der Haushalte vor allem auf den Verkauf von Produkten aus Landwirtschaft und Fischerei als Einkommensquelle angewiesen sind. Für 42,9 % der



Befragten ist Regenwasser die Hauptquelle für Trinkwasser, während 12,6 % Oberflächenwasser nutzen. 23,2 % der Befragten gaben an, dass sie in den letzten zwölf Monaten über einen Zeitraum von durchschnittlich fast vier Monaten (3,9) nicht ausreichend Trinkwasser zur Verfügung hatten und 13 % sagten, sie hätten während durchschnittlich mehr als vier Monaten (4,2) nicht genügend zu Essen gehabt.

Fast die Hälfte der Befragten (42,5 %) hat bereits mehr als ein Extremwetterereignis, wie Stürme, Überschwemmungen, Hitzewellen oder Dürren, erlebt. Genauer gaben 20,5 % an, dass sie von Stürmen betroffen waren, 59,1 % von Überschwemmungen, 22,4 % von Hitzewellen und 48,8 % von Dürren.

Landfragen bzw. der fehlende Zugang zu Land wird von allen Befragten in den Ferninterviews als wesentliches Problem betrachtet. Die meisten Haushalte haben sehr kleine Landparzellen, die mitunter nicht ausreichen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, vor allem angesichts der vermehrten Auswirkungen der Klimakrise und den immer größer werdenden Familien. Neben Land Grabbing wurde die Notwendigkeit, Land zu verkaufen, um für Lebenserhaltungs- oder Migrationskosten aufgenommene Schulden zurückzuzahlen, als besorgniserregend genannt.

„Ich denke, ich sollte nach Thailand gehen, weil meine Familie kein Land für den Reisanbau hat. Ich habe beschlossen, nicht mehr weiter zur Schule zu gehen, weil ich kein Geld habe, um jeden Tag für die Schule zu bezahlen.“

(Herr Chea Seila, 21)

2.2. Wassermanagement und Bewässerung

Die Bevölkerung ist vom Flut-Puls¹¹-Wassersystem des Tonle Sap Sees abhängig. Der gleichnamige Tonle Sap Fluss ist einzigartig auf der Welt, denn er ändert je nach Jahreszeit seine Fließrichtung. Im Monsun fließt der Fluss durch die heftigen Regenfälle in den See und führt Wasser, Fisch und Fischeier aus dem Mekong-Fluss-System mit sich (vgl. Eyler/Weatherby 2019). In der Trockenzeit kehrt sich die Fließrichtung um und der Tonle Sap See entwässert in den Fluss (vgl. *ibid.*). Dieses empfindliche Ökosystem, seine Lebensräume und die Abfolge der Fließänderungen sind jedoch durch den Bau von Staudämmen, unkontrollierte Holzgewinnung, die Klimakrise und nicht regulierte menschliche Aktivitäten rund um den See bedroht (vgl. Pool et al. 2019, Eyler/Weatherby 2019, Sourn et al. 2021, Chua et al. 2021). Teilnehmende an der Studie beobachten Veränderungen des Wassersystems in Form von einem Rückgang der Überschwemmungstage und des Wasserpegels. Dies beeinträchtigt die Bodenvielfalt und verringert die Fischfangmengen. Von den wenigen Teilnehmenden, die die Fischerei erwähnten, erzählten alle davon, wie der Fang aufgrund unregelmäßiger Wettermuster, geringerer Niederschläge und dem veränderten Flut-Puls der Überschwemmungsgebiete zurückgegangen ist.

¹¹ Anm.: Das Konzept des Flut-Puls stützt sich auf die Pegelunterschiede eines Wassersystems durch die wiederkehrenden Hoch- und Niedrigwasserperioden im Jahresverlauf.



„Manchmal wird der Überschwemmungswald zerstört. Mit dem Überschwemmungswald geht in den Dörfern auch der natürlich vorkommende Fisch verloren, er wird durch Fischarten aus Aquakulturen wie den Wels ersetzt.“ (Herr Voen Socheat)

2.3 Unregelmäßige Niederschläge

Durch mangelnde technologische Ausstattung und Know-how ist es schwierig, den Auswirkungen der unregelmäßigen Niederschläge entgegenzutreten. Ein Interviewpartner erklärt: „Wir haben derzeit keine Bewässerungssysteme, alles stützt sich auf den Niederschlag. Kein Regen, keine Produktion. Das ist sehr, sehr riskant für den Landwirtschaftssektor“ (Min Sophoan, Agronomes et Vétérinaires Sans Frontières, Agronomen und Tierärzte ohne Grenzen, ASVF, Ferninterview). Die Verwundbarkeiten der ländlichen Bevölkerung verstärken sich in einem Teufelskreis: Durch die Auswirkungen der Klimakrise bietet ihnen die Subsistenzlandwirtschaft keine ausreichende Lebensgrundlage mehr und durch die mangelnden sozialen Schutzmechanismen sind die Menschen am Land der Klimakrise noch stärker ausgesetzt (vgl. Brickell et al. 2018). Die Interviewpartner*innen waren sich einig, dass die Hauptauswirkungen der Klimakrise im Zusammenhang mit Wasser stehen:

„Mein Reisanbau ist von den saisonalen Überschwemmungen durch den Tonle Sap und den Sanker Fluss abhängig. Letztes Jahr war mein Reis durch das Einsetzen der Überschwemmungen durch den Fluss schlimm betroffen. [...] eindeutig durch den Klimawandel hervorgerufene Auswirkungen. Wir betreiben Reisanbau, wir sind vom Himmel und vom Regen abhängig, manchmal haben wir größere Erträge und manchmal sind wir Risiken ausgesetzt.“ (Herr Voen Socheat)

2.2 Entwaldung

Kambodschas Wirtschaftswachstum hat zu einem erheblichen **Rückgang der bewaldeten Fläche** geführt, und zwar von 57,07 % des Staatsgebietes im Jahr 2010 auf 46,86 % im Jahr 2016 (vgl. UNDP 2019). Kambodscha ist eines der Länder der Welt, in denen der Wald am schnellsten verloren geht, wobei ein Großteil für Gummipflanzungen und die Holzproduktion gerodet wurde (vgl. NASA Earth Observatory 2017) sowie durch illegale Abholzung verschwunden ist.¹² Die **Überschwemmungswälder** sind Schutzgebiete, in denen Fischereiparzellen zugeteilt wurden und das Fällen von Bäumen verboten ist. Im Jahr 2012 löste die Regierung diese Parzellen jedoch auf und übergab die Fischgründe der Gemeinschaft. Gewisse Bereiche bleiben dem Naturschutz vorbehalten. Dennoch wurden weite Teile des Waldes illegal gerodet, was zum Rückgang der Fischbestände führte, da die Überschwemmungswälder den Fischen als Laichgebiet dienen.

Die Aussagen der Interviewpartner*innen machen deutlich, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Imstandesein, sich den Lebensunterhalt zu verdienen, und dem Einfluss des Klimas darauf, gibt. So betonten die Befragten sowohl in den Ferninterviews als auch in den Interviews vor Ort, wie komplex die Verknüpfungen sind: die Wirtschaft und die Umwelt lassen sich nicht voneinander losgelöst betrachten. Wissenschaftler*innen zeigten ebenso, dass Klein- und Subsistenzbäuerinnen und -bauern für die Auswirkungen der Klimakrise

¹² <https://earthobservatory.nasa.gov/images/89413/cambodias-forests-are-disappearing>



besonders anfällig sind, weil sie zusätzlich unter bereits bestehenden, gesellschaftspolitisch geprägten Verwundbarkeiten leiden (vgl. Vigil 2019).

2.3 Schulden bei Mikrofinanzinstitutionen

Haushalte in **Kambodscha sind immer stärker vom Mikrofinanzsektor abhängig**, da sie durch Kredite das Fehlen von öffentlichen Dienstleistungen ausgleichen (vgl. Brickell et al. 2020, Crang et al. 2020). Kleinbäuerinnen und -bauern aus dem ländlichen Raum in ganz Kambodscha nehmen Kredite von Mikrofinanzinstitutionen auf, um die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise auf die Agrarproduktion zu bewältigen. Schulden werden auch aufgenommen, um Migration zu finanzieren. Oft werden Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Familienmitgliedern zur Rückzahlung der Schulden verwendet (vgl. Brickell et al. 2018, Jacobson et al. 2019, Pak/Saing 2019). Es zeigt sich, dass mit steigender Haushaltsverschuldung auch die Bereitschaft zu Migration steigt (vgl. Pak/Saing 2019). Durch die hohen Zinsen können viele Menschen in den ländlichen Gebieten ihre Schulden nicht mehr begleichen und müssen für die Rückzahlungen ihr Land verkaufen. Dies führt zu Schuldknechtschaft und wirkt sich negativ auf ihren Lebensstandard aus. **Im Jänner 2020 berichtete der unabhängige UN-Schulden-Experte Juan Pablo Bohoslavsky, Kambodscha hätte eine Mikrofinanz-Krise** (vgl. Brickell et al. 2020).

Diese Tatsache wurde in Ferninterviews als wesentliches Problem hervorgehoben: *„Wenn Haushalte keine Landwirtschaft betreiben können, weil diese vom Niederschlag abhängig ist, ist ihre Reisproduktion wirklich niedrig. So viele nehmen Kredite von Mikrofinanzinstitutionen auf und dann müssen sie diese zurückzahlen. Das bringt Menschen dazu, abzuwandern und Arbeit zu suchen, um Geld zu verdienen“* (Anonym, IGO, Ferninterview).

Die vor Ort durchgeführten Interviews bestätigen diese Erkenntnisse. Die Mehrheit der Interviewpartner*innen (8 von 10) musste Kredite bei Mikrofinanzinstitutionen aufnehmen, um die Migration eines Familienmitglieds zu finanzieren und/oder landwirtschaftliche Kosten zu decken. Viele gaben an, dass ihre Familienmitglieder zur Migration nach Thailand gezwungen waren, um dort Arbeit zu finden, damit sie die bei Mikrofinanzinstitutionen für Verbesserungsmaßnahmen auf ihrer Farm aufgenommenen Schulden zurückzahlen können. Frau Keo Rath (52) erklärt, dass dieses Problem ein Teufelskreis ist: Ihre Familie nahm bei einer Mikrofinanzinstitution einen Kredit von umgerechnet 500 US-Dollar auf, *„um meinen Erdnuss- und Sojabohnenanbau zu finanzieren. Leider haben wir nicht genug Ertrag von meinen Pflanzungen bekommen. Also hat mein Mann beschlossen, mit unserer Tochter nach Thailand zu gehen, um Geld zu verdienen, mit dem wir die Mikrokredit-Schulden zurückzahlen können ... Wir haben uns auch Geld für die amtlichen Dokumente und die Arbeitserlaubnis geliehen.“*

2.4 Mobilität

Als Reaktion auf die große Anzahl an Kambodschaner*innen, die auf den Arbeitsmarkt drängt, und auf die Tatsache, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen mit diesem Trend nicht mithalten kann, wurde Kambodscha immer stärker von der Migration kambodschanischer



Arbeitskräfte ins Ausland, vor allem in die Nachbarländer, abhängig. Tatsächlich wird die Migration nach Übersee vom kambodschanischen Staat als eine vor allem für junge Menschen attraktive Möglichkeit zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung beworben. Die Interviewpartner*innen bestätigten, dass viele auf irreguläre Weise nach Thailand reisen, um Arbeit zu finden bzw. dort ihren Aufenthalt zu legalisieren. Thailand wird als Land gesehen, in dem es möglich ist, zu arbeiten und ein Einkommen zu erzielen, wohingegen es in der Provinz Battambang laut allen Interviewpartner*innen immer schwieriger wird, seinen Lebensunterhalt in der Landwirtschaft und/oder Fischerei zu verdienen.

In den Ferninterviews wurde darauf hingewiesen, dass über viele Jahre hindurch Migration eine Möglichkeit war, um die Lebensgrundlage in Kambodscha zu verbessern. Wenngleich es schwierig ist, eine direkte Verbindung zwischen Klimakrise und Migration herzustellen, sind sich alle einig, dass es dennoch einen Zusammenhang gibt. Die Bevölkerung von Battambang lebt von der Landwirtschaft und nichtindustrieller Fischerei, aber die Klimakrise macht es immer schwieriger, damit das Auslangen zu finden. Die Menschen haben den Eindruck, dass aufgrund der Klimakrise *„immer mehr Leute wegen der Auswirkungen der langanhaltenden Dürren und auch Überschwemmungen“* wegziehen müssen (Herr Sorn Sunsopeak, National Committee for Sub-National Democratic Development Secretariat, NCCDS, Ferninterview). Die Klimakrise ist nicht der einzige Auslöser, der die Menschen zu Migration treibt: Sie migrieren aus verschiedenen Gründen, vor allem Wirtschaft, Bildung oder andere Bereiche betreffend, und diese Einflussfaktoren lassen sich kaum voneinander losgelöst betrachten. Die Klimakrise wirkt jedoch mit diesen mehrdimensionalen Beweggründen zusammen und macht es für die Menschen schwieriger, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, was sie wiederum zur Migration bewegt. In diesem Sinne betonten alle Befragten in den Interviews vor Ort, dass sich die Situation in den letzten fünf Jahren aufgrund steigender Unregelmäßigkeit der Niederschläge und plötzlicher, schwerer Überschwemmungen verschlechtert hätte.

Die Interviewpartner*innen sagten, sie wollten nicht, dass sie selbst oder ihre Familien – oft auf irreguläre Weise – nach Thailand migrieren müssen. In den Fokusgruppen und Interviews waren sich die Teilnehmenden einig, dass die Menschen *„nicht migrieren wollen, wenn es die Möglichkeit gibt, Pflanzungen einfach zu bewässern und eine anständige Arbeit zu haben.“* Dies belegen auch wissenschaftliche Arbeiten, die zeigen, dass viele Kambodschaner*innen lieber in Kambodscha bleiben würden, wenn es dort genügend Arbeitschancen geben würde (vgl. Vigil 2019). Die Menschen migrieren schlichtweg aufgrund der fehlenden Möglichkeiten.

*„Ich möchte es nicht mehr zulassen, dass mein Mann und meine Tochter in Thailand als Migrant*innen arbeiten, sobald wir unseren Kredit abbezahlt haben und der COVID-19-Ausbruch vorbei ist. Wir wollen in unserem Land Arbeit finden, nicht die Grenze überqueren und ein Sicherheitsrisiko eingehen.“* (Frau Keo Rath, 52)



In Battambang, wie auch in anderen ländlichen Gebieten Kambodschas, leiden Frauen unter eingeschränktem Zugang zu Bildung, geschlechtsspezifischer Gewalt und dem Druck, gleichzeitig zu arbeiten und ihren Verpflichtungen im Haushalt nachzukommen (vgl. Spires/Tost 2017). **Die bestehenden Verwundbarkeiten der Frauen** – wie niedrigeres Bildungsniveau, geringeres Einkommen, fehlende Mobilität, schlechtere Gesundheit und weniger Einfluss auf Entscheidungsprozesse – **werden durch Überschwemmungen und Dürren verschärft** (vgl. WFP 2019). **Großmütter** berichten in den Interviews, dass sie sich um ihre Enkelkinder kümmern, da deren Eltern nach Thailand zum Arbeiten gegangen wären. Frau Kuy Rin, eine 57 Jahre alte Witwe, erzählt:

„Ich blieb zu Hause, um mich um meine Enkelkinder zu kümmern, weil ihre Eltern für ein paar Jahre nach Thailand gegangen sind und sie hier gelassen haben, um bei mir zu leben. [...] Ich denke, Migration in andere Länder ist nicht gut, weil wir voneinander getrennt sind. Mein Sohn war nicht glücklich, weil er von seinen Kindern getrennt wurde.“

3. Schlussfolgerungen und Lösungen

Viele Menschen sind der Überzeugung, dass verbessertes Wassermanagement und bessere Bewässerungssysteme Teil der Lösung sein sollten. Sie betonen auch die Bedeutung von Gemeinschaftsinitiativen für den Wissensaustausch und die Überwachung illegaler Abholzung. Wiederaufforstung wird als ein wichtiges Element zur Abmilderung der Auswirkungen der Klimakrise gesehen. Außerdem sei es wichtig, die Meinung der lokalen Bevölkerung einzubeziehen.

Frau Tong Panha, Bak Rotes:

„Ich bitte die Regierung, nicht noch mehr Wald zu zerstören und den Überschwemmungswald wiederherzustellen, er ist die Grundlage der Artenvielfalt und Laichgebiet für die Fische.“

„Wir brauchen besseren und günstigeren Zugang zu Visa, amtliche Dokumente, und wir brauchen Dokumente, die uns mehr Sicherheit geben, wenn wir in Thailand arbeiten.“

„Wir müssen der lokalen Bevölkerung in Entscheidungsprozessen Gehör verschaffen [...] dann kann es nachhaltig sein.“ (Moeu Chandara, Umweltaktivist, Ferninterview)

Die Forschungsteilnehmenden sind wesentlich auf umweltabhängige Wirtschaftsaktivitäten als Lebensgrundlagen angewiesen, weshalb sie die Klimakrise besonders spüren. Immer unregelmäßigere Niederschläge, Überschwemmungen und Dürren haben zerstörerische Auswirkungen und machen es schwierig, in der Landwirtschaft ein Auskommen zu finden. Die Entwaldung verstärkt die Probleme und reduziert die Artenvielfalt. Außerdem wirkt sie sich negativ auf die Fischbestände im Tonle Sap See und in den umgebenden Gewässern aus. Das Flut-Puls-Wassersystem des Sees verändert sich aufgrund der Klimakrise und der menschlichen Eingriffe. Schuldknechtschaft ist ein wesentliches Problem für die ländliche Bevölkerung, die Kredite zur Bewältigung von immer stärkeren Klimaschwankungen und zur Finanzierung von Migration aufnimmt. Das kann zu einer Schuldenspirale führen, da die zumeist bei Mikrofinanzinstitutionen aufgenommenen Kredite sehr hohe Zinssätze haben.



Die Migrationsmuster sind von der konkreten geographischen Lage abhängig. Migration kann grenzüberschreitend erfolgen – vor allem (irregulär) nach Thailand – oder innerhalb Kambodschas vom Land in die Städte zur Diversifizierung des Einkommens. Migration wird angesichts der fehlenden Möglichkeiten in Kambodscha als notwendig erachtet, um neue Einkommensquellen zu erschließen. Viele Menschen sind sich jedoch auch der Hindernisse für reguläre Migrationswege sowie der sozialen Schwierigkeiten durch die Trennung von der Familie, vor allem von kleinen Kindern, bewusst.

FALLSTUDIE 4: KENIA

Kenia gilt als **besonders stark** von den Folgen der Klimakrise **betroffen** und es ist aufgrund verschiedener Einflussfaktoren, wie interner Konflikte und Naturkatastrophen, von erheblichen Migrationsbewegungen vom Land in die Städte geprägt. Vor allem Dürren und Überschwemmungen zwingen die Menschen zu Abwanderung. Dies betrifft besonders Viehhirt*innen, die ihr Vieh verlieren und nur eingeschränkten Zugang zu Land, Ressourcen und Märkten haben. Für die Umsetzung von Entwicklungs- und Umweltschutzprojekten werden Menschen sowohl in Städten als auch in abgelegenen Gebieten von privatem, öffentlichem oder gemeinschaftlichem Land vertrieben. Wenngleich Kenia als Land mit niedrigem mittleren Einkommen eingestuft wird, bestehen in Bezug auf Ungleichheit und Armut immer noch große Herausforderung, was die wirtschaftliche Anfälligkeit für Krisen erhöht. Dies kann auch ein Beweggrund für interne oder grenzüberschreitende Migration in Nachbarstaaten oder nach Europa sein.

Für die Fallstudie wurde die Region **Isiolo County** ausgewählt, weil diese sowohl das Ziel interner Migration ist, als auch die Umweltzerstörung durch Extremereignisse, vor allem Dürren, gut aufzeigt. Die Präsenz der italienischen Organisation der Entwicklungszusammenarbeit WeWorld vor Ort vereinfachte zudem die Forschung. Isiolo County ist ungefähr 25.700 km² groß und liegt in der ehemaligen Eastern Province (Ost-Provinz) Kenias. Es ist das am wenigsten besiedelte County des Landes und wird von den Völkern der Turkana, Borana, Meru und Somali bewohnt. Die wichtigsten urbanen Zentren der Region sind Isiolo, Garbatulla, Modogashe, Kinna, Merti und Oldonyiro. Das County ist geprägt von ariden oder semi-ariden Tiefebene und wird von sechs, ganzjährig wasserführenden Flüssen durchzogen, die es teilweise auch begrenzen. Vor allem in den semi-ariden Gegenden sind Menschen für Land- und Viehwirtschaft sesshaft geworden. Das Klima ist den Großteil des Jahres über heiß und trocken. Es gibt zwei Regenzeiten: Die kurze Regenzeit zwischen Oktober und Dezember erreicht ihren Höhepunkt im November, die lange Regenzeit zwischen März und Mai im April, wobei es starke Variationen je nach topographischer Lage innerhalb des County gibt.¹³

¹³ Isiolo County Integrated Development Plan (CIDP) 2018-2022.



1. Methodik

Die Informationen in diesem Kapitel wurden durch eine Kombination aus der Sichtung und Analyse einschlägiger wissenschaftlicher Literatur und empirischen Daten aus der Feldforschung gewonnen: Fokusgruppen, halbstrukturierte Interviews und eine vom ortsansässigen Team der Nichtregierungsorganisation WeWorld im Oktober und November 2021 durchgeführte Befragung.¹⁴ Die Zielgruppen sind lokale Haushalte, die in einem Zeitraum zwischen einem und fünf Monaten nach Isiolo County gekommen und von der Klimakrise betroffen sind. Das Ziel ist zu analysieren, wie sich die Klimakrise auf die Hirtenvölker in Kenia auswirkt. Die Studie wurde von Mitarbeiter*innen von WeWorld mittels einer nicht-probabilistischen Stichprobe¹⁵ durchgeführt. WeWorld trat also gezielt mit lokalen Behörden und Entscheidungsträger*innen in Kontakt, um Menschen für die Datenerhebung zu erreichen.

- **Einmonatiges Klimatagebuch** (Giacomelli/Walker 2021): 30 Teilnehmende (Merti und Isiolo);
- **Fokusgruppen:** 2 Gruppen (mit je 7 Teilnehmenden unterschiedlichen Geschlechts und Alters), 1 in Merti, 1 in Isiolo;
- **Tiefeninterviews:** 10 Teilnehmende (Merti und Isiolo);
- **Haushaltsbefragung:** 200 Haushalte, Teilnehmende männlich und weiblich, im Alter von 18 bis 65 Jahren, repräsentativ für die ländliche Bevölkerung von Merti, die von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen ist und/oder ein Familienmitglied mit Migrationsgeschichte im Haushalt hat.

2. Forschungsergebnisse

THEMEN ALS ERGEBNIS DER FORSCHUNG

- Niederschlagsschwankungen (vor allem anhaltende Dürren) zeigen sich als Hauptprobleme im Zusammenhang mit der Klimakrise;
- Umweltzerstörung in Form von vermehrter, unkontrollierter Entwaldung und Sandgewinnung an den Flüssen wurde genannt;
- Die am meisten von diesen Bedingungen betroffenen Menschen sind Hirtenfamilien, die in den letzten fünf Jahren immer weniger Tiere halten konnten und beschlossen haben, auf der Suche nach Wasser und Weideland weiterzuziehen;
- Schrumpfende Viehbestände bedeuten für die Familien zumeist einen drastischen Rückgang ihres Einkommens, vermehrte Ernährungsunsicherheit und dass ihre Kinder nicht mehr in die Schule gehen können;

¹⁴ Anm.: Die Befragung wurde im Dezember 2021 in Papierform fertiggestellt. Die Digitalisierung und Bereinigung der Daten ist noch nicht abgeschlossen. In diesem Kapitel sind keine qualitativen Ergebnisse der Befragung enthalten. Diese sollen aber zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr 2022 eingearbeitet werden.

¹⁵ Anm.: Nicht-probabilistische Stichproben sind Stichproben, die nicht nach dem Zufallsprinzip gezogen werden, sondern die Auswahl erfolgt durch subjektive Entscheidungen, indem die Untersuchungsobjekte willkürlich und/oder absichtsvoll durch die Forschenden ausgewählt werden.

- Der Umzug mit ihrem Vieh von einem County in ein anderes wird aufgrund von Nahrungsmangel, wilden Tieren und Überfällen als sehr risikoreich gesehen;
- Die Viehhirt*innen kommen in der Regel mit der gesamten Familie nach Isiolo und haben bereits Verwandte oder Bekannte vor Ort, die sie vor ihrer Reise mit Informationen versorgt haben;
- Hinter der Migrationsentscheidung steht immer die Suche nach besseren Lebensbedingungen und -chancen, auch wenn fehlende Niederschläge als ein Grund für die sich verschlechternden Lebensumstände genannt werden;
- Auf nationaler Ebene hat Kenia eine Reihe von Strategien entwickelt, um Umweltproblemen und Migration entgegenzutreten, vor allem in Bezug auf Landverwaltung; wesentliche Bedeutung haben jedoch, vor allem in Isiolo, die lokalen Regierungen und die Counties.

2.1 Lebensfeindliche Umweltbedingungen

Im integrierten Entwicklungsplan für Isiolo County (County Integrated Development Plan, CIDP) 2018-2022 wird darauf hingewiesen, dass Isiolo eines der Counties Kenias ist, das am anfälligsten für die Klimakrise ist. Das County hat im Allgemeinen übers ganze Jahr ein heißes und trockenes Klima und **erlebte vor Kurzem eine schwere Dürreperiode, die die Lebensgrundlage der gesamten Bevölkerung beeinträchtigte**.¹⁶ Gemäß Daten der National Drought Management Authority (NDMA, staatliche Koordinierungsbehörde zur Dürreerisikosteuerung und Bekämpfung von Dürrekatastrophen) vom Februar 2017 benötigten aufgrund der Dürre bis zu 80.000 Bewohner*innen des County Nahrungsmittelhilfe (vgl. CDIP 2018). Außerdem wurden Fälle von Konflikten aufgrund der Knappheit von Wasser und Weideland gemeldet (vgl. *ibid.*).

Dürren und unvorhersehbare Niederschläge wirken sich negativ auf die Ernteerträge sowie die Produktivität und Sterblichkeit des Viehs aus, was zu Einkommenseinbußen für die Bäuerinnen und Bauer und in weiterer Folge zur Beeinträchtigung der Ernährungssicherheit führt. „Der Klimawandel hängt mit Ernährungsunsicherheit, fehlendem Einkommen und dem Verenden von Vieh aufgrund von Dürren zusammen“ (Frau Abuya, aus dem ländlichen Raum). Die Klimatagebücher der Teilnehmenden zeigen, dass die Klimabedingungen in Isiolo County in den letzten Jahren wesentlichen Schwankungen unterworfen waren. Als am häufigsten beobachtete Veränderungen wurden beispielsweise höhere Temperaturen, unvorhersehbare Niederschläge, Wasserknappheit und länger anhaltende Dürreperioden genannt. In Bezug auf die Wahrnehmung langfristiger Klimaveränderungen bemerkte eine große Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern erhöhte Durchschnittstemperaturen und verringerte durchschnittliche Niederschlagsmengen. Aufgrund der Auswirkungen der

¹⁶ Anm.: Die National Drought Management Authority veröffentlicht monatliche Berichte zu den Folgen von Dürren in Kenia. Informationen zu Isiolo County: <https://www.ndma.go.ke/index.php/resource-center/category/15-isiolo>.



Klimakrise haben immer mehr Familien ihre gesamte Herde durch Dürren verloren und waren gezwungen, sesshaft zu werden und Nahrungsmittelhilfe in Anspruch zu nehmen. Durch den Hitzestress fressen die Tiere außerdem weniger, wachsen daher schlechter und produzieren weniger Milch und Fleisch, was die Lebensweise der Hirt*innen verändert und gefährdet.

2.2 Pastoralismus¹⁷ und Klimakrise

In den letzten fünf Jahren spürten die Viehhirt*innen die zunehmenden Auswirkungen der Klimakrise. Mit der Klimakrise in Zusammenhang stehende Phänomene wie Dürren führen dazu, dass Tiere verhungern und die Menschen unter Nahrungsmangel leiden (vgl. Nyariki/Amwata 2019). Das Fehlen von Nahrungsmitteln und Wasser bringt das Leben der Menschen in Gefahr. „Heute ist die Dürre schlimmer geworden, weil es weniger Regen gibt und der Boden trockener wird“ (Sarah, aus dem ländlichen Raum). Für die Viehhirt*innen ist der Wassermangel ein ernstzunehmendes Problem für die Erhaltung ihres Viehbestands. „Wegen der Dürre in unserer Gegend ziehen die Tiere weit umher, von einem Ort zum anderen, um Futter und Wasser zu finden, und einige unserer Tiere sind verendet, weil es in unserer Gegend keinen Regen gibt“ (Safia Maicha, Klimatagebuch).

Das hat nicht nur Einfluss auf das Familieneinkommen, sondern auch auf die **Bildung der Kinder**: Wenn die Bäuerinnen und Bauern nicht ausreichend produzieren können, haben sie nicht genug Geld, um ihre Kinder zur Schule zu schicken und ihre Ausbildung zu bezahlen. Aus diesen Gründen beschließen viele Viehhirt*innen, in andere Gegenden oder in Städte zu ziehen.

2.3 Konflikte um natürliche Ressourcen

Isiolo County ist das Ziel vieler Migrant*innen, die aus ihren Heimatgebieten aufgrund von Konflikten fliehen, beispielsweise aus Turkana County, wo es anhaltende Auseinandersetzungen über Grenzen und Ressourcen gibt.

Teilnehmende aus den Fokusgruppen im städtischen Raum berichten, dass die Klimakrise die Unsicherheit in manchen Gegenden des Landes verstärkt, wie in Turkana County, wo es in der lokalen Bevölkerung **interne Konflikte** wegen Ressourcenmangel, vor allem aufgrund von durch weiterverbreitete Dürren fehlendem Wasser, gibt. Die Konflikte behindern Ackerbau und Viehwirtschaft, beeinträchtigen den Absatzmarkt und hemmen den schulischen Fortschritt der Kinder, was die Menschen zur Abwanderung in andere Gegenden treibt (vgl. Paul et al. 2022, Maelo 2021). Da die Konflikte und die Gewalt weiterhin bestehen, können die Menschen nicht in ihre Heimatgebiete zurückkehren.

¹⁷ Anm.: Pastoralismus wird auch als Naturweidewirtschaft bezeichnet. Es handelt sich um eine Art der Wanderviehhaltung, bei der die Viehhirt*innen mit ihren Tiere im Jahreszyklus zu unterschiedlichen Weideflächen ziehen.



2.4 Mobilität

Migration ist in Kenia von **nomadischem Pastoralismus**, einem starken Migrationstrend vom Land in die Städte, internen Vertreibungen aufgrund verschiedener Faktoren – darunter politische Gewalt, Naturkatastrophen und Zwangsräumungen durch Entwicklungs- und Umweltschutzprojekte – sowie von grenzüberschreitender Arbeitsmigration und Flüchtlingsbewegungen geprägt. Manche Teilnehmenden sehen Migration in nahegelegene Länder oder Länder mit höherem Einkommen wie Israel als **temporäre Lösung**, um sich Anpassungsstrategien für die Zeit nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat zu überlegen.

„Ich würde gerne nach Israel gehen, um die Anbaumethoden dort zu erlernen und zu sehen, wie sie sich dort an den Klimawandel anpassen. Dann möchte ich nach Kenia zurückkommen und mein Wissen weitergeben.“ (Judith, aus dem städtischen Raum)

„Ich würde gerne nach Tansania gehen, denn dort gibt es viel Handel, viel Landwirtschaft und der Lebensstandard ist sehr hoch. Ich bin über ein Programm der Regierung dorthin gegangen. Dort machen sie die Dinge anders.“ (Frau Abibi)

Die Mehrheit der Interviewpartner*innen denkt, dass die Nachbarländer Menschen, die aufgrund der Klimakrise migrieren, nicht unbedingt Schutz gewähren sollten, weil sie auch selbst viele Herausforderungen meistern müssen, jedoch sollten sie diese menschlich und solidarisch behandeln. *„Nicht die Grenzen öffnen, sondern zusammenarbeiten, um sich um schutzbedürftige Menschen zu kümmern“* (Judith, aus dem städtischen Raum).

2.5 Anpassung

„Der Klimawandel wird vor allem durch menschliche Tätigkeiten verursacht, was zu hoher Luftverschmutzung führt. Außerdem fällen die Menschen Bäume und gehen mit dem Boden falsch um, was zeigt, dass sie nicht in der Lage sind, die Umwelt und die Natur zu respektieren.“ (Judith, aus dem städtischen Raum)

Manche Interviewpartner*innen sind davon überzeugt, dass vorwiegend Länder mit hohem Einkommen für die Klimakrise verantwortlich sind. Die kenianische Regierung tut weder auf Umsetzungs- noch auf Bildungsebene genug: Beispielsweise sind die an die Viehhirt*innen ausgegebenen Grassamen nicht ausreichend und es werden keine konsequenten Strategien zur Sensibilisierung der Bevölkerung ergriffen. Die Regierung wird nicht aktiv, wenn es darum geht, die Menschen rechenschaftspflichtig und für ihr Verhalten verantwortlich zu machen: *„Menschen sind hauptverantwortlich für den Klimawandel“* (Fokusgruppe, aus dem städtischen Raum). Etwas engagierter ist die Regierung des County hingegen bei der Unterstützung der Bevölkerung bei der Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise, wie zum Beispiel durch Pflanzung von Bäumen oder durch Zurverfügungstellen von Wasser. Die Bäuerinnen und Bauern sagen jedoch, um starke Widerstandsfähigkeit zu garantieren, muss mehr für die Verbreitung von Informationen, die Aneignung neuer landwirtschaftlicher Verfahren und den Zugang zu Finanzinstrumenten getan werden.

Die Menschen in Isiolo County haben Mühe, sich auf die Bewältigung der Auswirkungen der Klimakrise, vor allem Dürren, vorzubereiten. *„Wenn wir von Landwirtschaft und*



Vorbereitetsein sprechen, müssen wir über Wassermangel sprechen“ (Judith, aus dem städtischen Raum). Aktivist*innen vor Ort bemühen sich, den Menschen dabei zu helfen, sich an die Klimakrise anzupassen. Als eine der wichtigsten Anpassungsstrategien, um Risiken für die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungssicherheit entgegenzutreten bzw. diese abzuschwächen, werden in Isiolo **dürre-resistente Pflanzensorten** angebaut und Erstaufforstung¹⁸ betrieben. *„Wenn es kein Wasser gibt, musst du dir eine andere Idee überlegen für deine Tätigkeit“* (Judith, aus dem städtischen Raum). **Vorbereitet zu sein** wird als entscheidender Schritt angesehen, der gleichzeitig Migration vorbeugt: *„Wenn die Menschen lernen, vorbereitet zu sein, ist es nicht notwendig, zu migrieren“* (Judith, aus dem städtischen Raum).

3. Schlussfolgerungen und Lösungen

Häufigere und längere Dürren sowie schwankende Niederschlagsmengen haben erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt und die Existenzgrundlage der Forschungsteilnehmenden, die stark von landwirtschaftlicher Produktion und Naturweidewirtschaft abhängig sind. Die Folgen dieser Extremereignisse wirken sich auf die Ernährungssicherheit und letztlich auch auf die Schulbildung der Kinder aus, deren Familien weniger Einkommen erwirtschaften und dadurch die Schulkosten, wie Bücher und Uniformen, nicht mehr tragen können. Isiolo County ist aber gleichzeitig das Ziel von Migrant*innen aus anderen Risikogebieten Kenias, wie Turkana County, wo häufig Konflikte um Ressourcen auftreten.

Um diese Herausforderungen zu meistern und die UN-Ziele für Nachhaltige Entwicklung zu erreichen, sind die Teilnehmenden an der Fallstudie vor Ort offen, Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit über konventionelle Krisenreaktionsstrategien hinaus zu ergreifen. Sie wollen eine langfristige Perspektive zur Bekämpfung der zugrundeliegenden Verwundbarkeiten ausarbeiten. Grenzüberschreitende Migration wird nicht als langfristige Lösung angesehen. Für manche Interviewpartner*innen könnte sie eher eine Möglichkeit sein, bewährte Verfahren und positive Beispiele für Bewältigungsstrategien aus widerstandsfähigeren Ländern kennenzulernen und diese in Isiolo anzuwenden.

Letztlich könnten auf Regierungsebene die Weiterentwicklung eines weiter gefassten Steuerungsmechanismus sowie die Formulierung und Umsetzung von auf der Einschätzung der lokalen Bedürfnisse und Ressourcen basierenden Klimaschutz-Aktionsplänen für die Counties wichtige Schritte hin zur Konkretisierung der Klimastrategie des Landes sein. Gleichzeitig wäre eine **Umsetzung des IGAD¹⁹-Protokolls zur Schaffung sicherer und legaler Migrationswege** in andere Länder für den Austausch von beruflichen Kompetenzen

¹⁸ Anm.: Es wird zwischen Erstaufforstung und Wiederaufforstung unterschieden. Bei der Erstaufforstung wird eine Fläche bewaldet, die lange Zeit nicht bewaldet war oder auf der zuvor überhaupt kein Wald stand. Wiederaufforstung hingegen ist die Pflanzung von Bäumen auf in jüngerer Zeit abgeholzten Flächen.

¹⁹ Anm.: Die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) ist eine regionale Organisation in Nordostafrika für Frieden, Wohlstand und regionale Integration in der Region. Mitglieder sind Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, Sudan, Südsudan und Uganda.



und Fähigkeiten wünschenswert, damit Migration keine endgültige Lösung, sondern eine proaktive Strategie darstellt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieser Bericht zeigt, dass die **Klimakrise**, die oft als zukünftige Krise dargestellt wird, **ein wirkmächtiges Phänomen im Hier und Jetzt** im Leben der Forschungsteilnehmenden im Senegal, in Guatemala, in Kambodscha und in Kenia ist. Die Klimakrise es jedoch nicht eine rein „natürliche“ Kraft, sondern sie ist von einem Zusammenspiel struktureller politischer, wirtschaftlicher und kultureller Faktoren geprägt, die ihre Folgen für den Alltag der Menschen verschlimmern. Sie wirkt sich heute auf Weltregionen aus, die durch die neoliberale Landwirtschaft und den Kolonialismus bereits erhebliche Strukturänderungen erfahren haben (vgl. Parenti 2011). Es ist wesentlich zu betonen, dass die Teilnehmenden an diesem Forschungsprojekt Menschen sind, die den Folgen der Klimakrise in den ausgewählten Ländern besonders ausgesetzt sind, da ihre Lebensgrundlage in der (zumeist regenabhängigen) Landwirtschaft oder traditionellen Fischerei entscheidend von der Umwelt bestimmt ist. Ihr Lebensunterhalt wird durch die Klimakrise immer stärker bedroht und dennoch versagen Staaten dabei, dieser Bedrohung entgegenzutreten.

Die Forschungsergebnisse belegen, dass die Klimakrise als Verstärker der Schwankungen von Wettermustern und der daraus resultierenden, unvorhersehbaren und intensiven Wetterphänomene wahrgenommen wird. Dies zeigt sich besonders in unregelmäßigen Niederschlagsmustern und damit zusammenhängenden, langsam oder schnell eintretenden Extremereignissen wie Dürren oder Sturzfluten. Das unsichere Auftreten saisonaler Regenfälle wirkt sich außerdem auf die Verfügbarkeit und Qualität von Wasser aus. **Auch menschliche Aktivitäten haben negative Folgen. Sie gründen auf dem Missmanagement oder der Übernutzung natürlicher Ressourcen**, die zu Entwaldung (illegale Abholzung in Kambodscha und Guatemala), Wüstenbildung (im Senegal und in Kenia) und Beeinträchtigung der Ökosysteme (wie der Mangrovenwälder an den Küsten des Senegal) führen. Im Senegal hat die Klimakrise, aber auch schlechte Abfallwirtschaft, Verschmutzung und Ocean Grabbing, verheerende Auswirkungen auf die Fischerei. Kambodscha leidet aufgrund unregelmäßiger Niederschläge und Starkregen unter Überschwemmungen, wobei die Auswirkungen der Klimakrise durch schlechte Infrastruktur und vor allem chinesische, aber auch laotische Staudammprojekte flussabwärts am Mekong Fluss verschlimmert werden. In allen vier Fallstudien wurde das Problem des Land Grabbing hervorgehoben.

Die Folgen der Klimakrise sind mit **intersektionalen Faktoren** verwoben: Alter, Behinderung, Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer indigenen Gruppe oder Minderheit oder die Tatsache, ein niedrigeres Einkommen zu haben, können die Schwere der Auswirkungen beeinflussen. Alter ist in allen Ländern der Fallstudien ein Schlüsselfaktor, da deren Bevölkerung sehr jung ist. Es sind die jungen Menschen, die ohne Hoffnung und Möglichkeiten dastehen. Sie sind es, die migrieren wollen, um ihre Familien zu unterstützen und/oder sich selbst zu verwirklichen. Die **Klimakrise** kann demnach als **Verstärker von bereits bestehenden Verwundbarkeiten**, wie Armut, Ressourcenmangel und



Ernährungsunsicherheit, verstanden werden, die zusammenwirken und einander beeinflussen. In Guatemala herrschen beispielsweise tiefgreifende horizontale (und vertikale) Ungleichheiten entlang ethnischer Trennlinien. Vor allem die indigene Gruppe der Maya ist mit schwerwiegender Diskriminierung und Ausgrenzung konfrontiert. Da die Angehörigen indigener Volksgruppen vor allem in ländlichen Gebieten leben und ihren Lebensunterhalt mit Subsistenzlandwirtschaft bestreiten, sind sie den Auswirkungen der Klimakrise am stärksten ausgesetzt. Durch das Einbeziehen antirassistischer und intersektionaler Sichtweisen bei der Analyse von Klimakrise und Migration wird ein historischer Kausalzusammenhang und die Verflochtenheit der Ungleichheiten deutlich. Damit werden auch die Zusammenhänge innerhalb der kapitalistischen extraktivistischen Wirtschaft aufgezeigt, die die Klimakrise und deren ungleiche Auswirkungen auf der Welt beeinflussen.

Wie umfassende wissenschaftliche Literatur belegt, lässt sich zusammenfassend sagen, dass keine uneingeschränkte Verbindung zwischen Klimakrise und Migration hergestellt werden kann. Vielmehr sind Umweltfaktoren, die ihrerseits die individuelle Verwundbarkeit verstärken, mit anderen Auslösern verknüpft, die je nach betrachtetem Land mehr oder weniger stark in den Vordergrund treten. Die Ergebnisse, vor allem der Ferninterviews, bestätigen, dass es **an einer tatsächlichen und effektiven Umsetzung in Form von wirksamen politischen Maßnahmen im Rahmen bestehender, bindender Instrumente auf nationaler Ebene und von auf regionaler Ebene erlassenen Richtlinien fehlt. Dies führt zu einem schlechteren Schutz für gefährdete Menschen.**

In allen vier Fallstudien wurde die Klimakrise als ein Symptom und nicht als Ursache für Schwierigkeiten angesehen. Wie sehr er als Faktor bei der Entscheidung für oder gegen Migration einbezogen wird, ist je nach Land und Individuum unterschiedlich. **Die Klimakrise wirkt mit bereits bestehenden und traditionellen Migrationsbewegungen zusammen.** In Kenia beispielsweise spielt die Klimakrise im Vergleich zu den anderen drei Ländern aufgrund der Besonderheiten der pastoralen Lebensweise eine größere Rolle bei der Migrationsentscheidung. Im Allgemeinen sehen die Teilnehmenden Migration als eine Anpassungsstrategie und als Weg, ihre individuellen Lebensbedingungen sowie die ihrer Familien durch Rücküberweisungen aus dem Ausland zu verbessern. Es wurde jedoch festgestellt, dass dies oft in Ermangelung anderer Möglichkeiten der Fall ist. Darüber hinaus sprachen viele Teilnehmenden von den mit Migration verbundenen Schwierigkeiten wie der Trennung von der Familie. An den Orten, wo die Forschungsteilnehmenden leben, wird es immer schwerer ein Auskommen zu finden, weshalb Migration als einziger Weg gesehen wird, den Lebensunterhalt zu verdienen. Wenngleich kein direkter Kausalzusammenhang hergestellt werden kann, ist es doch offensichtlich, dass die Klimakrise die Mobilität der Menschen sowohl direkt als auch indirekt prägt und dass ihre negativen Auswirkungen zunehmen. Außerdem zeigt sich beispielsweise im Senegal wie komplex Migrationsmuster sein können und dass Migrationsbewegungen mitunter auch in Richtung von Klimarisiken in urbanen Gebieten erfolgen können. Es ist entscheidend zu betonen, dass **Migration**



innerhalb einer Region wesentlich verbreiteter ist als Migration zwischen Regionen, wie die vier Fallstudien sowie zahlreiche wissenschaftliche Forschungen zeigen.

Durch das schlechte Abschneiden der Länder der Fallstudien in den Reisepass-Rankings des „Passport Index“²⁰ – die auf der Anzahl an Ländern basieren, in welche die Passinhaber*innen ohne Einschränkungen reisen können – sowie die äußerst restriktiven und mit enormen Kosten verbundenen Visa-Systeme sind die regulären Wege für grenzüberschreitende Migration stark eingeschränkt und den Forschungsteilnehmenden bleiben wenige Möglichkeiten zur Mobilität. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Grenzkontrollen in vielen Fällen lediglich dazu führen, dass Migrant*innen auf alternative, zumeist gefährlichere Routen ausweichen (vgl. De Genova 2018, Squire 2017). Dies zeigt sich besonders deutlich im Senegal und in Guatemala, wo die Menschen die gefährliche Reise in den Globalen Norden auf sich nehmen und dabei Gebiete durchqueren, die sich durch ungerechte Grenzkontrollen in Todesfallen verwandelt haben. Die Menschen in Kambodscha sind mit hohen Visa-Kosten konfrontiert und Ausbeutung in Thailand ausgesetzt, da sie sich als illegale Migrant*innen dort ohne Papiere aufhalten. Für die Volkswirtschaften des Senegal, Guatemalas und Kambodschas spielen Rücküberweisungen von im Ausland lebenden Migrant*innen eine gewichtige Rolle, was es für diese Staaten weniger attraktiv macht, Auswanderung zu regulieren. Dadurch gibt es weniger reguläre Migrationswege und die Migrant*innen sind häufiger mit Ausbeutung und hohen Kosten für das Schleusen über irreguläre Wege konfrontiert.

In diesem Sinne ist Mobilitätsgerechtigkeit (Sheller 2018) eines der zentralen politischen und ethischen Themen unserer Zeit. Sheller ist der Ansicht, dass Mobilitätssteuerung und -kontrolle von Macht und Ungleichheit geprägt sind, was universale Mobilitätsgerechtigkeit in der Welt schafft. Daher bedarf es zweifellos eines ausgewogeneren und differenzierteren Ansatzes, der den Verknüpfungen zwischen Mensch, Natur und dem ungleichen Zugang zu Ressourcen – auch zu Mobilität – Rechnung trägt. Tatsächlich wird durch die **Erweiterung des Konzepts der Klimagerechtigkeit auf die Mobilitätsgerechtigkeit** deutlich, wie die Klimakrise eine Reihe bürger*innenrechtlicher Fragen aufwirft, die weitreichende, über die Umwelt hinausgehende Implikationen haben. Im Einklang mit sich abzeichnenden Entwicklungen in der Rechtsprechung sollten einzelne Staaten und die internationale Gemeinschaft als Ganzes bei ihrem Umgang mit den Auswirkungen der Klimakrise auf Individuen einen **menschenrechtsbasierten Ansatz** verfolgen. Außerdem sollten sie sicherstellen, dass die Migrationssteuerung auf verantwortungsvolle Weise und gemäß bestehender Rechtsinstrumente zum Schutz der Menschenrechte erfolgt (siehe Einleitung).

Es ist offenkundig, dass die Menschen, die an den Orten der Fallstudien leben, ihr vom UN-Menschenrechtsrat im Oktober 2021 anerkanntes Recht auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt nicht ausüben können. **Das erfordert dringendes Handeln.** Die Erfahrungen aus dem Alltag der Forschungsteilnehmenden zeigen, wie die Klimakrise durch

²⁰ <https://www.passportindex.org/>



zugrundeliegende gesellschaftlich und natürlich bedingte Ursachen verstärkt wird. Achille Mbembe (2020) fordert ein allgemeines Recht zu atmen ein, und zwar nicht nur in einer physischen Bedeutung, sondern auch im Sinne eines umfassenden Ausschöpfens der menschlichen Erfahrungswelt. Dies kann als Teil eines weitgefassten Rechts auf eine gesunde Umwelt für alle betrachtet werden. Politik sollte auf Fürsorge gründen und feministischen und antirassistischen Grundsätzen folgen, damit „die Welt wieder für alle bewohnbar“ (Mbembe/Goldberg 2018) gemacht werden kann.



BIBLIOGRAPHIE

Allison, E.H. et al.(2009) 'Vulnerability of national economies to the impacts of climate change on fisheries', *Fish and Fisheries*, 10(2), pp. 173–196. doi:10.1111/j.1467-2979.2008.00310.x.

Amara, R., Diop, M., Diop, C., & Ouddane, B. (2019). Chapter 37—The Senegalese Coastal and Marine Environment. In C. Sheppard (Ed.), *World Seas: An Environmental Evaluation (Second Edition)* (pp. 855–873). Academic Press. <https://doi.org/10.1016/B978-0-12-805068-2.00043-7>

Anthony, E.J. (2015) 'Patterns of Sand Spit Development and Their Management Implications on Deltaic, Drift-Aligned Coasts: The Cases of the Senegal and Volta River Delta Spits, West Africa', in Randazzo, G., Jackson, D.W.T., and Cooper, J.A.G. (eds) *Sand and Gravel Spits*. Cham: Springer International Publishing (Coastal Research Library), pp. 21–36. doi:10.1007/978-3-319-13716-2_2.

Baldwin, A. (2013). Racialisation and the Figure of the Climate-Change Migrant. *Environment and Planning A: Economy and Space*, 45(6), 1474–1490. <https://doi.org/10.1068/a45388>

Baldwin, A., & Bettini, G. (Eds.). (2017). *Life Adrift: Climate Change, Migration, Critique*. Rowman & Littlefield Publishers.

Barnett, J., and W. N. Adger. (2007). Climate change, human security and violent conflict. *Political Geography* 26(6):639-655. <http://dx.doi.org/10.1016/j.polgeo.2007.03.003>

Bauman, Z. (1998). *Globalization: the human consequences*. New York: Columbia University Press.

Bernards, N. (2019). 'Latent' surplus populations and colonial histories of drought, groundnuts, and finance in Senegal. *Geoforum*. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2019.10.007>

Bernards, N. (2020). Climate change: How Senegal's colonial history made it more vulnerable. *The Conversation*. <http://theconversation.com/climate-change-how-senegals-colonial-history-made-it-more-vulnerable-132063>

Bettini, G. (2013). Climate Barbarians at the Gate? A critique of apocalyptic narratives on 'climate refugees'. *Geoforum*, 45, 63–72. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2012.09.009>

Boas, I., Farbotko, C., Adams, H., Sterly, H., Bush, S., van der Geest, K., Wiegel, H., Ashraf, H., Baldwin, A., Bettini, G., Blondin, S., de Bruijn, M., Durand-Delacre, D., Fröhlich, C., Gioli, G., Guaita, L., Hut, E., Jarawura, F. X., Lamers, M., Hulme, M. (2019). Climate migration myths. *Nature Climate Change*, 9(12), 901–903. <https://doi.org/10.1038/s41558-019-0633-3>.



Brickell, K. et al. (2018) Blood Bricks: Untold Stories of Modern Slavery and Climate Change from Cambodia. Royal Holloway University of London. Available at: <https://static1.squarespace.com/static/596df9f8d1758e3b451e0fb2/t/5bc4d7cdc83025e41e7b10a0/1539627177544/Blood+bricks+high+res+v2.pdf> (Accessed: 7 October 2020).

Brickell, K. et al. (2020) 'Compounding crises of social reproduction: Microfinance, over-indebtedness and the COVID-19 pandemic', *World Development*, 136, p. 105087. doi:10.1016/j.worlddev.2020.105087.

Brown, M. E., and C. C. Funk. (2008). Food security under climate change. *Science* 319(5863):580-581. <http://dx.doi.org/10.1126/science.1154102>

Centre for Research on the Epidemiology of Disasters (CRED) (2018). Cred Crunch 52 - Economic Losses, Poverty and Disasters: 1998-2017.

Chua, S.D.X. et al. (2021) Drastic decline of floodpulse in the Cambodian floodplains (the Mekong River and the Tonle Sap system). preprint. *Rivers and Lakes/Instruments and observation techniques*. doi:10.5194/hess-2021-378.

Consejo Nacional de Cambio Climático (CNCC) (2017), Líneas de investigación en cambio climático. Consejo Nacional de Cambio Climático. Guatemala.

Consejo Nacional de Cambio Climático (CNCC). (2016), Plan de acción nacional de cambio climático. Guatemala.

Crang, P. et al. (2020) 'Discardscapes of fashion: commodity biography, patch geographies, and preconsumer garment waste in Cambodia', *Social & Cultural Geography* [Preprint]. Available at: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14649365.2020.1777322> (Accessed: 10 July 2020).

Daniels, A., Gutierrez, M., Fanjul, G., Guereña, A., Matheson, I., and Watkins, K. (2016). *Western Africa's Missing Fish. The Impacts of Unreported and Unregulated Fishing and Under-Reporting Catches by Foreign Fleets*. London: Overseas Development Institute.

De Genova, N. (2018). The "migrant crisis" as racial crisis: Do Black Lives Matter in Europe? *Ethnic and Racial Studies*, 41(10), 1765–1782. <https://doi.org/10.1080/01419870.2017.1361543>

Durand-Delacré, D., Bettini, G., Nash, S. L., Sterly, H., Gioli, G., Hut, E., Boas, I., Farbotko, C., Sakdapolrak, P., de Bruijn, M., Tripathy Furlong, B., van der Geest, K., Lietaer, S., & Hulme, M. (2021). Climate Migration Is about People, Not Numbers. In S. Böhm & S. Sullivan (eds.), *Negotiating Climate Change in Crisis* (pp. 63–82). Open Book Publishers. <https://doi.org/10.11647/obp.0265.06>

Ellen MacArthur Foundation (2017). *Redesigning the future of fashion*. Available at: <https://ellenmacarthurfoundation.org/topics/fashion/overview>



Eyler, B. and Weatherby, C. (2019) *Letters from the Mekong: Toward a Sustainable Water-Energy-Food Future in Cambodia*. Washington DC: Stimson Center. Available at: <https://www.stimson.org/2019/letters-mekong-toward-sustainable-water-energy-food-future-cambodia-0/> (Accessed: 19 November 2021).

Geddes A, Adger WN, Arnell NW, Black R, Thomas DSG. (2012). Migration, Environmental Change, and the 'Challenges of Governance.' *Environment and Planning C: Government and Policy*. 30(6):951-967. doi:10.1068/c3006ed.

Giacomelli, E. & Walker, S. (2021, July 6). Challenging Eurocentric Perceptions of Mobility Justice through Climate Diaries [Online]. *The Sociological Review Magazine*. <https://doi.org/10.51428/tsr.gxit8834>

Gleditsch N. P., Furlong K., Hegre H., Lacina B., and Owen T. . (2006). Conflicts over shared rivers: resource scarcity or fuzzy boundaries? *Political Geography* 25(4):361-382. <http://dx.doi.org/10.1016/j.polgeo.2006.02.00>

Gueye, C., Fall, A. S., & Tall, S. M. (2015). Dakar, Touba and the Senegalese cities network produced by climate change. *Current Opinion in Environmental Sustainability*, 13, 95–102. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2015.02.009>

Hanjra, M. A., and M. E. Qureshi. (2010). Global water crisis and future food security in an era of climate change. *Food Policy* 35 (5):365-377. <http://dx.doi.org/10.1016/j.foodpol.2010.05.006>

Human Rights Watch (HRW) (2020). *Deportation with a Layover. Failure of Protection under the US-Guatemala Asylum Cooperative Agreement*. Available at: [Deportation with a Layover Failure of Protection under the US-Guatemala Asylum Cooperative Agreement; https://reliefweb.int/report/united-states-america/us-government-s-new-safe-third-country-deal-guatemala-puts-asylum](https://reliefweb.int/report/united-states-america/us-government-s-new-safe-third-country-deal-guatemala-puts-asylum).

Hutson, A. (2021). In the Ocean: Senegal's Plastic Waste Problem. *Africa Today*, 68(1), 145–150.

Instituto Nacional de Estadística Guatemala (INE) (2018). Portal de Resultados del Censo 2018. Available at: https://censopoblacion.gt/archivos/resultados_censo2018.pdf

Instituto Nacional de Estadística Guatemala (INE) (2019). .Portal de Resultados del Censo 2019. Available at: <https://www.ine.gob.gt/ine/>

Ionesco, D., Mokhnacheva, D., Gemenne F. (2016). *The Atlas of Environmental Migration*, IOM.



IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2021). Sixth Assessment Report, Climate Change 2021: The Physical Science Basis. <https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-i/>

Jacobson, C. *et al.* (2019) 'When is migration a maladaptive response to climate change?', *Regional Environmental Change*, 19(1), pp. 101–112. doi:10.1007/s10113-018-1387-6.

Kaczynski, V. M., & Fluharty, D. L. (2002). European policies in West Africa: Who benefits from fisheries agreements? *Marine Policy*, 26(2), 75–93. [https://doi.org/10.1016/S0308-597X\(01\)00039-2](https://doi.org/10.1016/S0308-597X(01)00039-2)

Kelman, I. (2020). 'Does climate change cause migration?', in Fiddian-Qasmiyeh, E. (ed.) *Refuge in a Moving World: Tracing refugee and migrant journeys across disciplines*. London: UCL Press, pp. 111–122.

Laczko F., Aghazarm C. (eds) (2009). *Migration, Environment and Climate Change: Assessing the Evidence*, Geneva: International Organization for Migration.

Lietaer, S., & Durand-Delacre, D. (2021). Situating 'migration as adaptation' discourse and appraising its relevance to Senegal's development sector. *Environmental Science & Policy*, 126, 11–21. <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2021.09.008>

Maelo, F., Harris, G. (2021), Conflict Policing in the Pastoral Communities in Isiolo County, *Journal of Conflict Management*, 2(1), 13.

Mbembe and David Theo Goldberg in conversation about Critique of Black Reason.

Mbembe, A. (2020, April 13). The Universal Right to Breathe. In the Moment. <https://critinq.wordpress.com/2020/04/13/the-universal-right-to-breathe/>

Mbembe, A., and Goldberg D.T: (2018). "The Reason of Unreason": Achille

Mezzadra, S., Neilson B. (2013). *Border as method, or the Multiplication of Labor*, Durham-London: Duke University Press.

Ministerio de Ambiente y Recursos Naturales (MARN). (2015). Segunda comunicación nacional sobre cambio climático Guatemala. Guatemala.

Ministerio de Ambiente y Recursos Naturales (MARN). Acuerdo Ministerial 5-2016 (2016). Guatemala: Diario de Centroamérica.

Ministerio de Ambiente y Recursos Naturales (MARN). Política nacional de cambio climático. Acuerdo Gubernativo 329-2009 (2009). Guatemala.

Musarò P. (2019). 'Aware Migrants: The role of information campaigns in the management of migration', in *European Journal of Communication*, 34(6), pp. 629–640.



NASA Earth Observatory (2017). Cambodia's Forests Are Disappearing. Available at: <https://earthobservatory.nasa.gov/images/89413/cambodias-forests-are-disappearing>

Ndour, A., Laïbi, R. A., Sadio, M., Degbe, C. G. E., Diaw, A. T., Oyédé, L. M., Anthony, E. J., Dussouillez, P., Sambou, H., & Dièye, E. hadji B. (2018). Management strategies for coastal erosion problems in west Africa: Analysis, issues, and constraints drawn from the examples of Senegal and Benin. *Ocean & Coastal Management*, 156, 92–106. <https://doi.org/10.1016/j.ocecoaman.2017.09.001>

Nyariki, D.M., Amwata, D.A. (2019), The value of pastoralism in Kenya: Application of total economic value approach, *Pastoralism* 9, 9.

Okafor-Yarwood, I. and Belhabib, D. (2020) 'The duplicity of the European Union Common Fisheries Policy in third countries: Evidence from the Gulf of Guinea', *Ocean & Coastal Management*, 184, p. 104953. doi:10.1016/j.ocecoaman.2019.104953.

Pak, K. and Saing, S. (2019) *Vulnerability and Migration in Cambodia*. Phnom Penh: World Food Programme. Available at: <https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000105976/download/>.

Parenti, C. (2011). *Tropic of chaos: Climate change and the new geography of violence*. Nation Books.

Paul A. L., Kwonyike J. , Mulongo L., Kamar Imana D. (2022), Extractives Industries and Conflict: Reduction of Risks Associated with Extractive Industries in Turkana County, Kenya, *International Journal of Current Science Research and Review*, 5/2, 291.

Pool, T. *et al.* (2019) 'Fish assemblage composition within the floodplain habitat mosaic of a tropical lake (Tonle Sap, Cambodia)', *Freshwater Biology*, 64(11), pp. 2026–2036. doi:10.1111/fwb.13391.

Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD) (2016). INFORME NACIONAL DE DESARROLLO HUMANO GUATEMALA. Available at: <http://desarrollohumano.org.gt/biblioteca/informes-nacionales/>

Renou, Y. Diallo A. (2019), Changement climatique et migrations : qualification d'un problème, structuration d'un champ scientifique et activation de politiques publiques », *Mondes en développement* 2015/4, 172, pp. 87-107.

Sheller, M. (2018). *Mobility justice: The politics of movement in an age of extremes*, New York: Mimi Sheller.

Solano Garrido, A.L., Ochoa, W., (2019). Agricultura y seguridad alimentaria. In: Castellanos, E.J., Paiz-Est'évez, A., Escriba, ' J., Rosales-Alconero, M., Santizo, A. (Eds.), Primer reporte



de evaluación ´ del conocimiento sobre cambio climático ´ en Guatemala. Editorial Universitaria UVG., Guatemala, pp. 108–141.

Sourn, T. et al. (2021) ‘Evaluation of Land Use and Land Cover Change and Its Drivers in Battambang Province, Cambodia from 1998 to 2018’, *Sustainability*, 13(20), p. 11170. doi:10.3390/su132011170.

Sow, P., Marmer, E., & Scheffran, J. (2016). En route to Hell: Dreams of Adventure and Traumatic Experiences Among West African “Boat People” to Europe. In L. Mannik (Ed.), *Migration by Boat: Discourses of Trauma, Exclusion and Survival*. Berghahn Books.

Spires R.W. and Tost J. (2017). . “Rural Cambodian Women’s Perspectives: An Exploratory Study on Community Ailments, Migration and Opportunity.” *Asia Pacific Journal of Social and Behavioral Sciences*, 14, pp. 9-26.

Squire, V. (2017). Governing migration through death in Europe and the US: Identification, burial and the crisis of modern humanism. *European Journal of International Relations*, 23(3), 513–532. <https://doi.org/10.1177/1354066116668662>

Theory, Culture & Society 35, 7–8: 205–27. <https://doi.org/10.1177/0263276418800843>

Thorp R, Caumartin C, Gray-Molina G. (2006). Inequality, Ethnicity, Political Mobilisation and Political Violence in Latin America: The Cases of Bolivia, Guatemala and Perú, *Bulletin of Latin American Research*, Vol. 25, No. 4, pp. 453–480 <https://doi.org/10.1111/j.1470-9856.2006.00207.x>

UN Human Rights Council (2021), Resolution 48/13 adopted on 8 October 2021 (A/HRC/48/L.23/Rev.1d)

UNDP (2018), Kenya Annual Report

UNDP (2019) Human Development Report 2019: Sustaining Natural Resources for All | UNDP in Cambodia. UNDP. Available at: https://www.kh.undp.org/content/cambodia/en/home/library/human_development/human-development-report-2019--sustaining-natural-resources-for-.html (Accessed: 2 October 2020).

Van de Sandt, J. (2009). *Mining Conflicts and Indigenous Peoples in Guatemala*, Amsterdam University Law Faculty. Available at: https://www.cordaid.org/nl/wp-content/uploads/sites/2/2012/12/Mining_Conflicts_and_Indigenous_Peoples_in_Guatemala.pdf

Vigil Díaz-Telenti, S. (2019) *Geopolitical Ecologies of Environmental Change, Land Grabbing and Migration: comparative perspectives from Senegal and Cambodia*. Centre for Local Democracy. Available at: <https://repub.eur.nl/pub/120765> (Accessed: 30 September 2021).



WFP (2019) *Cambodia country strategic plan 2019-2023*. Phnom Penh: World Food Programme. Available at: https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000112436/download/?_ga=2.237338626.360041664.1602142466-513792381.1602142466 (Accessed: 8 October 2020).

World Bank (2017), Guatemala | data. Retrieved October 26, (2017), from <https://data.worldbank.org/country/guatemala>

IMPRESSUM

Das Projekt #ClimateOfChange, in dessen Rahmen dieser Bericht erstellt wurde, wird von 16 Partnerorganisationen in 13 Ländern Europas umgesetzt.

Veröffentlicht von: Südwind – Verein für Entwicklungspolitik und Globale Gerechtigkeit | Laudongasse 40 | 1080 Wien | www.suedwind.at/klima

Langbericht: Universität Bologna (2022): „Beyond Panic? Exploring climate mobilities in Senegal, Guatemala, Cambodia and Kenia“



Dieses Projekt wird mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von Südwind wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union dar.

 Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit